

A-4954.

„Baltische Monatshefte“

413

53346/9

Baltische Monatshefte



Heft 9

September 1939

Verlag der Aktien-Gesellschaft „Ernst Plates“, Riga

Bezugsbedingungen:

Für Lettland: vierteljährlich Ls 3,80; Einzelheft Ls 1,40;
für Estland: vierteljährlich EKr. 3,80; Einzelheft EKr. 1,40;
für Deutschland und andere Länder: vierteljährlich
RM. 2,40; Einzelheft RM. 1,—

Manuskripte sind an die Adresse der Akt.-Ges. „Ernst Plates“, Riga,
M. Monetu ielā 18, zu schicken. Rücksendung von unverlangt eingesandten
Manuskripten erfolgt nur, wenn das Rückporto beigelegt ist.

Verlag der A.G. „Ernst Plates“, Rīgā, M. Monetu ielā 18
Postisches Konto 1983

Inhalt:

	Seite
Blick in die Gegenwart	485
Heinrich Boske: Volksgemeinschaft heißt auch Wirtschaftsgemeinschaft	489
So sollen unsere Betriebsführer sein!	493
Theodor Lüddecke: Lohn und Leistung	494
Jürgen Intemann: Wirtschaftliches ABC	499
Barbara Kupfer: Die deutsche Arbeitsordnung	504
Ernst von Bergmann	514
Politische Chronik:	
Lettland	519
Estland	525
Kleine Beiträge	529
Wissenschaftliche Umschau	533
Volkshunde auf neuen Wegen / Korrespondenzblatt des Naturforscher-Vereins zu Riga	
Mitarbeiter dieses Hefts	539

Blick in die Gegenwart

Als am 24. August die Weltöffentlichkeit vom Abschluß des deutsch-sovietrussischen Nichtangriffspaktes überrascht wurde, da mochte die Nachricht vielen zum Kennzeichen des tiefen Ernstes der Stunde werden. Wenn sich die Führung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches entschloß, diesen Ausgleich mit der Sowetunion zu finden, dann gab es schwererwiegende Gründe, als bloß der Wunsch nach Vereinigung unerquicklicher Beziehungen im zwischenstaatlichen Verkehr. Dann sah man in Berlin bereits einem kommenden Kampf auf Leben und Tod ins Auge, bei dem die Danziger Frage nur die auslösende Feder bedeuten konnte, um eine kunstvoll vorbereitete Sprengladung zur Entladung zu bringen. Dann sah man den Krieg, Man hatte ihn oft schon an den Grenzen drohen gesehen. Am gefährlichsten vielleicht damals, im März 1935, als die Erklärung der deutschen Wehrhoheit den Grund zu dem späteren unerhörten außenpolitischen Machtanstieg legte. Aber der Gegner hatte damals versäumt, loszuschlagen. Bei jedem der nachfolgenden großen Einschnitten in der weiteren Entwicklung hatte der Horizont gewetterleuchtet: Gewinnung der Ostmark, des Sudetenlandes, das Protektorat ... Jedesmal war es gelungen, den Frieden zu wahren — aber von Mal zu Mal wurde es deutlicher, daß dieser Friede ein Atemholen war: Eine Rüstungspause, nichts weiter.

Anders als im August 1914 haben die Völker diesem Krieg entgegengeblickt. Weniger naiv, nüchterner, wissender. Sie wußten: es geht nicht um Danzig, ja vielleicht nicht einmal um die deutsch-polnische Grenze als solche, es geht um Europa. Und es gibt in diesem Kriege, abermals anders als 1914, letztlich nur zwei Gegner: England und Deutschland.

Mußte der Krieg sein? Eine Antwort mag in der Tatsache liegen, daß die Zahl der Neutralen, der Wille zur Neutralität in diesem Kriege unvergleichlich bedeutender ist als 1914. Diese Staaten haben für sich die Frage mit einem Nein beantwortet. Ein geschichtlich bedeutsamstes Dokument liegt heute der Weltöffentlichkeit vor, das die Frage ebenfalls verneint: Die Erklärung des deutschen Führers, am 25. August 1939 dem britischen Botschafter in Berlin überreicht.

Dies ist ihr Inhalt:

„1. Die polnischen Akte seien für das Deutsche Reich unerträglich geworden, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreite, so beweise dies nur, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, daß es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Saume zu halten.

2. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

3. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden. Der Britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg würde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Kriege würde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben. Das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Außenpolitik des Reiches auf längste Zeit. Rußland und Deutschland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen, würden die mit Rußland getroffenen Abmachungen Deutschland auch wirtschaftlich für eine längste Kriegsperiode sichern.

Dem deutschen Führer habe immer an der deutsch-englischen Verständigung gelegen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Der deutsche Führer erklärt, daß das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung des Problems noch einmal an England mit einem großen umfassenden Angebot heranzutreten. Er behaft das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem

Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,

2. seine Verpflichtungen Italien gegenüber nicht tangiert werden, d. h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen, und könne sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.

3. Er wünscht ebenso den unverrückbaren Entschluß Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten.

Der deutsche Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der deutsche Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert er erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei, und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Kriege stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.

Der deutsche Führer wiederholt, daß er ein Mann großer und ihn selbst verpflichtender Entschlüsse sei, und daß dies sein letzter Vorschlag wäre. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten. — —

Der Gang der weiteren Ereignisse ist bekannt. Die englische Regierung hielt es nicht für möglich, auf die oben zusammengefaßten Gedanken Adolf Hitlers einzugehen. Sie berief sich auf ihre Verpflichtungen Polen gegenüber. Diese Bindungen waren von ihr selbst geschaffen worden. Es war also keine bloße Prestigefrage. Sondern dahinter stand unzweifelhaft der Wille: jeden weiteren Machtzuwachs des Deutschen Reiches im Osten, wie er sich aus allen Korrekturen des Versailler Zustands ergeben mußte, mit den äußersten und letzten Mitteln zu verhindern. Warum? Weil jede Kraftverschiebung auf dem Kontinent zugunsten des Deutschen Reiches fortan den Lebensnerv der englischen Weltgeltung bedrohen müsse.

Trifft das zu? Adolf Hitler hat die Frage verneint. Aber England sagte ja und hat dementsprechend gehandelt. In Erfüllung der englischen Bündnisverpflichtung gegenüber Polen wurde am 3. September 1939 in Berlin die Kriegserklärung überreicht.

*

Die Lage ist nicht die gleiche wie 1914. Ihr entscheidendstes Kennzeichen: die Haltung der Sowetunion. Man hatte auf Seiten der Westmächte fest auf die Beteiligung der Sowets an einem kommenden Kriege gegen das Dritte Reich gerechnet. Ein Vierteljahr war in Moskau verhandelt worden. Da brach das Gerüst von Hoffnungen jählings zusammen. Noch ehe der Krieg begonnen, hatte Deutschland den entscheidenden diplomatischen Erfolg erfochten: die Ausschaltung des zu befürchtenden Gegners im Osten. Und damit nach der zu erwartenden Erledigung Polens die Ausschaltung der Gefahr eines Zweifrontenkrieges überhaupt. Wie war das Wunder zustande gekommen?

Es ist kein Wunder. Es ist das Ergebnis einer Erwägung, die allerdings von beiden Seiten mit härtester Klarheit und kühler Logik erfolgte. Welchen Preis vermochten die Westmächte den Sowets für die Beteiligung am Kriege zu bieten? Gewiß, die Befriedigung, den ideologischen Widerpart niederwerfen zu helfen. Das war, bei Licht besehen, nicht viel. Bindende Abmachungen im Fernen Osten konnte die Sowetunion nicht erreichen. Ein Knäuel peinlicher und erfolgloser Verhandlungen unter den aufmerksamen und mißtrauischen Augen der Weltöffentlichkeit ergab das Thema: Garantie der Baltischen Staaten. Nein, es war kein Geschäft. Wahrhaftig nicht.

Und nun kamen die Deutschen. Sie kamen mit nüchternen Erwägungen. Zum ersten: es hat sich in der russischen Geschichte des öfteren gezeigt, daß nach erfolglosen Kriegen leicht die Gewehre nach hinten losgehen. Man erinnere sich nur — 1905, 1917. Das ist also zu bedenken. Und die deutsche Wehrmacht ist stark, hochmotorisiert, vorzüglich ausgerüstet: in keinem Fall schwächer als 1914/17... Zum zweiten — als Preis für die ohnehin im eigenen Interesse liegende Lösung wird eine mächtige Anleihe, wird das große Lieferungsgeschäft, wird schließlich eine risikofreie Beteiligung an der Beute angeboten. Und die Sowets schlugen ein.

Das war der deutsch-russische Nichtangriffs- und Konsultativpakt. Gewiß, er wird manchem Nationalsozialisten nicht ohne Mühe eingegangen sein. Man braucht das gar nicht zu leugnen. Er ist vielleicht das größte Zeugnis einer blitzschnellen politischen Initiative, deren oberstes Gesetz stets lautet, unter keinen Umständen eine irgend vermeidbare Kräftezerplit-

terung zuzulassen; jeweils zur Bewältigung einer Aufgabe alle verfügbaren Möglichkeiten und Kräfte zu konzentrieren. Diese Aufgabe lag im großen Existenzkampf der Nation mit der Waffe. Ihr hatte sich jede andre Erwägung unterzuordnen.

Der Russenpakt bedeutete für das Deutsche Reich die freie Ostflanke. Er bedeutete: Vernichtung der britischen Blockadeabsichten durch die Öffnung der unabsehbaren russischen Rohstoffquellen. Er bedeutete: Neutralisierung des gesamten Balkanraumes mit Einschluß der Dardanellen, denn überall hatte hier der britische Werber um Bundesgenossen die Teilnahme der Sowjetunion an dem kommenden Kriege als sicher bezeugt. Und er bedeutete schließlich auch: die endgültige Sicherung der baltischen Länder vor der Gefahr, zum unfreiwilligen Kampfplatz feindlicher Armeen zu werden.

Mit dem Russenpakt wurde die erste und vielleicht bedeutendste Phase des großen Entscheidungskampfes bereits vor Ausbruch des Krieges zu deutschen Gunsten beendet.

Heinrich Hoffe

Volksgemeinschaft heißt auch Wirtschaftsgemeinschaft

Die Wirtschaft ist ein Ausdruck des völkischen Lebens, nicht anders wie Kultur, Politik und ähnliches. Wir sind als Deutsche Träger einer bestimmten Weltanschauung, das ist jedem von uns klar; wir sind die Glieder einer Kulturgemeinschaft, die sich von anderen Kulturen unterscheidet. Wir sind hineingestellt in das äußere Schicksal unseres Volkes, darum wissen wir. Und wir sind Träger eines Blutes, das wir von unseren Vätern übernommen und unseren Kindern weiterzugeben haben. — Aber genau so stehen wir alle mitten drin in der Wirtschaftsgemeinschaft unserer Volksgruppe.

Als deutsche Menschen stehen wir im Berufsleben, wir verdienen und wir geben unsere Einnahmen aus.

Es ist für das Volksganze natürlich nicht gleichgültig, ob der Einzelne unverheiratet ist, oder Haupt einer Familie und damit lebende Zelle im Volkskörper. Es ist auch keineswegs unwesentlich, ob er Liebhaber amerikanischer Jazzmusik, Anhänger slavischer Romanzen ist, oder in der Kulturüberlieferung seines Volkes steht. Ob der Einzelne Antroposoph, Marxist oder Träger einer deutschen Weltanschauung ist, daran kann die Volks-

gemeinschaft nicht vorbeisehen. — Ebensovienig aber ist ihr gleichgültig, ob seine Arbeitskraft sinnvoll für die Volksgemeinschaft verwertet wird oder nicht.

Das heißt: Es ist keine private, sondern eine allgemein völkische Frage

- 1) in welchem Berufe du stehst,
- 2) ob du tüchtig bist, vorwärtskommst oder versagst,
- 3) ob du in deinem Beruf viel oder wenig verdienst,
- 4) und wie du deine Einnahmen aus gibst.

1) Es gibt Berufe, die das völkische Wirtschaftsleben tragen, und solche, die aus ihm nur den persönlichen Lebensunterhalt abzapfen (Gelegenheitsarbeiter). Was wir in der Volksgruppe und in einer Kameradschaft fordern, ist, daß jeder einzelne einen Vollberuf ausfüllt, der ihm Lebensinhalt ist. Was wir unerbittlich bekämpfen, sind die wurzellosen Existenzen, die Gelegenheitsarbeiter. Daher ist die erste Verantwortung eines jeden, der Kinder erzieht, daß er sie in vollwertige Berufe hineinleitet.

2) Jeder voll ausgefüllte Beruf, d. h. ein Beruf, dem wir mit Überzeugung unsere Arbeitskraft widmen, ist vor der Volksgemeinschaft gleich viel wert. Die deutsche Gesinnung scheidet nicht nach Rang und Stand. Entscheidend ist einzig, ob der Mann seinen Beruf gefunden hat, in dem er vorwärtskommt. Es ist vor der Volksgemeinschaft gleichgültig, ob du Großkaufmann oder Schlosser bist. Aber es ist ihr nicht gleichgültig, wenn du ein „Pleite-Kaufmann“ oder ein Winkelhandwerker bist. Beiderlei Existenzen sind für die Volksgemeinschaft wertlos.

Wir erkennen keinerlei ständisch-bürgerliche Vorurteile an. Sie werden in jeder echten Kameradschaft ausgerottet, und wir werden sie in der Volksgemeinschaft ausrotten. Aber wir erkennen den Satz an, daß sich die Welt scheidet in die Tüchtigen und die Untüchtigen. Die Tüchtigen sind die Herren, und die Untüchtigen sind die Drohnen. Einerlei, ob im Smoking oder im Arbeitshemd.

Der Marxismus verkündete die Gleichmacherei, davon wollen wir nichts wissen. Die völkische Kameradschaft kann auf die Dauer nur die wertschaffende *A u s l e s e* umfassen. Jede Berufung von Bruch- und Treibholznaturen auf diese Kameradschaft ist daher eine Verfälschung ihres inneren Sinnes. Wir kennen nur eine Kameradschaft der Tüchtigen.

3) Alle wertschaffende Arbeit ist Dienst am Volke. Sie ist es auch in einem ganz nüchternen Sinn: sie ermöglicht durch ihren Verdienst dem Schaffenden und seiner Familie den Unterhalt. Daher ist der Verdienst des Einzelnen, von der Volksgemeinschaft aus gesehen, nicht gleichgültig und nicht seine Privatsache. Wir wollen eine Volksgemeinschaft von „gu-

ten Verdienern“ sein, nicht von Hungerleidern. Denn das Einkommen des Einzelnen dient nur zum geringsten Teil der Befriedigung persönlicher Wünsche (Raffeehaus- und Lokalbesuch, Rauchen, Briefmarkensammeln oder dergl.), sondern bestimmt vor allem den kulturellen Lebenszuschnitt seines Hauses.

Eine Volksgruppe, die nur aus schlechtbezahlten, abhängigen Existenzen, Landproletariat und Gelegenheitsarbeitern bestünde, könnte nie eine kulturelle Bedeutung und noch weniger ein darüber hinaus gehendes Gewicht erreichen. Gute Bücher, Ausbildung für die Kinder, Fachzeitschriften, Musikpflege stellen Ansprüche an das Einkommen; ganz abgesehen davon, daß der wirtschaftlich schlecht Gestellte allen Zugriffen des Schicksals weniger erfolgreich ausweichen kann als der wirtschaftlich Starke. Es ist kein Zufall, daß wirtschaftlich abhängige oder proletarisierte Völker und Volksgruppensplitter im politischen Daseinskampf schneller versagen als tüchtige Völker, die sich durch gesteigerte Leistung die wirtschaftlichen Fundamente der Selbstbehauptung sichern konnten.

4) Es wäre theoretisch eine Volksgruppe denkbar mit normalem sozialen Aufbau und einer wirtschaftlich starken Oberschicht, in der trotzdem Not und Verelendung um sich greift, wo das Kulturleben der breiten Massen von Jahr zu Jahr absinkt und immer mehr kleinere Existenzen den wirtschaftlichen Zugriffen eines ungünstigen Schicksals unterliegen. Der Grund dafür läge dann darin, daß zwar der Aufbau der Einkommen normal gestaffelt ist, deren Verwendung aber der eigenen Wirtschaft überhaupt nicht dienstbar gemacht wird.

Es kommt also ganz wesentlich darauf an, welchen Weg die verdienten Einkommen einer Volksgruppe nehmen. Die Summen, die der Einzelne etwa durch Bestellungen, Aufträge, Löhne so leicht und bedenkenlos der Wirtschaftsgemeinschaft seiner eigenen Volksgruppe entzieht, kann er gar nicht durch gutgemeinte Spenden an eine völkische Zentralstelle ersetzen. Von außerordentlich großer Wichtigkeit ist demnach die Lenkung der Ausgaben innerhalb der Volksgemeinschaft. Was der Einzelne im Jahr verdient, macht bereits eine beträchtliche Summe aus; was die Volksgruppe als Ganzes verdient, geht in die Millionen. Welchen Weg läuft nun dieses Geld, das doch wieder ausgegeben wird?

Dadurch, daß ich meinen Unterhalt bestreite, meine Bedürfnisse befriedige, schaffe ich anderen Arbeit und Einkommen. Es ist daher nicht einerlei, bei wem ich einkaufe, wo ich bestelle, d. h. in welche Hände meine Ausgaben gelangen. Auch darin, — nein, gerade darin bewährt sich die wirkliche Volksgemeinschaft, daß ich in der Bedarfsdeckung des grauen Alltags um

das Aufeinanderbezogensein aller Volksgenossen weiß. Gerade, wenn man sich einmal von der Höhe der Summen eine Vorstellung macht, die von deutschen Menschen verdient und natürlich wieder ausgegeben werden, begreift man, wie ungeheuer wichtig die Erziehung einer völkischen Wirtschaftsgesinnung ist. Denn: ist es nicht so? wenn man ihn anrief, so opferte und spendete der deutsche Mensch noch immer willig. Die Volksgruppe kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie darin immer anständig gehandelt hat. Aber dieser Bereitschaft zur völkischen Spende entsprach keineswegs das Vorhandensein einer völkischen Wirtschaftsgesinnung im Alltag. Und auch zu der müssen wir gelangen.

Hier wird oft der Einwand gemacht: ja, deutsche Läden bedienen oft schlechter, haben weniger Auswahl, der deutsche Handwerker arbeitet langsamer und unzuverlässiger. Und vieles ist daran wahr.

Wir haben dazu festzustellen:

Von keinem Volksgenossen wird verlangt, daß er ein völkisches Opfer bringt, welches noch jahrelang am schlechtstehenden Anzug, platzenden Möbelfurnieren, blätterndem Verputz an den Wänden zu erkennen ist. Gerade die wirtschaftliche Erziehung der Volksgruppe wird darauf abgestellt sein müssen, derartige Mißstände zu beseitigen. Denn für sie gilt als Leitsatz: Jeder untüchtige Arbeiter ist ein Schädling des Volkes.

Jeder unfähige Handwerker, der einen Auftrag lieberlich ausführt, verdirbt den guten Ruf der deutschen Arbeit und raubt seinen Fachkameraden Aufträge im zehnfachen Wert. Jeder unfähige deutsche Kaufmann schadet der Volksgruppe nicht nur dadurch, daß er seinen Platz schlecht ausfüllt, sondern daß er die Kundschaft abhält, in deutschen Geschäften zu kaufen. Und das Gleiche gilt vom Angestellten, vom Arzte, von allen anderen Berufen. Die Volksgemeinschaft läßt niemand ohne weiteres fallen, aber unverbesserliche Volksschädlinge soll und muß man ausmerzen.

Ein anderes Kapitel für sich ist nun freilich die Bequemlichkeit, die sich oft genug einen Gang erspart, auf Erkundigungen nach einschlägigen Fachgeschäften, Firmen, Handwerkern verzichtet, die sich durch äußere Aufmachung blenden läßt und damit das Einkommen der Volksgruppe vermindert. Vielleicht wußte der Einzelne bisher nicht, um welche Werte es sich dabei in der Gesamtheit handelt. Von nun an soll eben jeder wissen, welche Verantwortung er als Käufer hat, und er soll dort, wo er schlecht bedient wird, sich nicht stillschweigend aus der Tür begeben, mit dem Entschluß, niemals wiederzukommen, wie es ihm die Bequemlichkeit rät. Sondern er soll Einspruch erheben, er soll handeln, damit Mißstände verschwinden, die zu Schaden der gesamten Volksgruppe gehen.

Keine Gemeinschaft lebt von den hohen Idealen und Überzeugungen ihrer Glieder allein. Sie kann nur leben, wenn für alle als verbindliches Gesetz die Tüchtigkeit im Alltag gilt. Diese Tüchtigkeit wird zunächst auf das eigene Vorwärtskommen gerichtet sein. Das ist gesund und natürlich. Aber sie wird es damit nicht bewenden lassen. Sie wird einmünden in den großen Rhythmus der Volksgemeinschaft. Denn was heißt Volksgemeinschaft anderes, als daß einer ruhig und selbstverständlich Verantwortung für den anderen mitträgt, aus dem Gefühl der großen, unlöslichen Einheit?

So sollen unsere Betriebsführer sein!

1. Der Betriebsführer muß seiner Gefolgschaft in jeder Beziehung ein Vorbild sein. Das Vorbild ersetzt hundert Vorschriften, darum ist auch seine Auswirkung geradezu unbegrenzt. Dabei ist es falsch, wenn sich der Betriebsführer seiner Gefolgschaft gegenüber auf seine Stellung beruft, nein, er soll sich kraft seiner persönlichen Überlegenheit durchsetzen. Er ist dann Vorbild, wenn der Tüchtige ihm nacheifert, der Strebende sich um seine Anerkennung bemüht, sein Handeln anderen ein Maßstab ist für ihr Tun, sein Name mit Achtung genannt wird, und wenn ernste Männer sich auf ihn berufen.

2. Das Recht des Betriebsführers ist seine Verantwortung. Scheut er diese Verantwortung, so ist er fehl am Platze. Stets hat er die Folgen seiner Entscheidung auf sich zu nehmen. Seine Stellung verpflichtet ihn persönlich. Und wenn er auch im Betrieb nicht überall zur Stelle sein kann, so soll doch sein Geist in seiner Gefolgschaft wirken, als ob er mit unter ihr weilte.

3. Der Betriebsführer darf nie vergessen, daß das Auge seiner Gefolgschaft besonders auf ihn sieht. Die praktische Folgerung daraus lautet: Eine auf Paragraphen begründete Autorität ist nicht mehr wert als eine Zwangsverwaltung.

4. Ordnung und Übersicht sind die Grundlagen planvoller Arbeit. Dabei muß der Betriebsführer seine Arbeit so einteilen, daß er Zeit zu Besprechungen mit seiner Gefolgschaft hat und sich ihrer Anliegen annehmen vermag.

5. Ohne die willige Mitarbeit seiner Gefolgschaft erzielt der Betriebsführer nur halbe Erfolge. Wenn seine Mitarbeiter versagen, so wird der Betriebsführer die Ursache meist bei sich selbst zu suchen haben. Mit-

arbeit ist Sache des Vertrauens. Fähigen Leuten muß Verantwortung übertragen werden. Dadurch wird ihr Selbstbewußtsein gestärkt.

6. Es genügt nicht, daß der Betriebsführer der Gefolgschaft ihr Verhalten vorschreibt, er hat vielmehr dafür zu sorgen, daß sie der eigenen Arbeit *Berständnis* entgegenbringt. Es gehört zur selbstverständlichen Pflicht des Betriebsführers, Kenntnisse und Erfahrungen dadurch der Gefolgschaft mitzuteilen, daß er sie planmäßig belehrt und durch fachmännischen Rat fördert.

7. Der Betriebsführer muß über ein großes Maß von Geduld und Selbstbeherrschung verfügen. Er soll nie im Zorn tadeln und nie im Überschwang loben, sondern er muß *maßvoll* sein bei Verweis und Anerkennung. Das Lob vor allem sei keine Schmeichelei, sondern die gerechte Anerkennung einer Leistung.

8. Es ist aber notwendig, daß der Betriebsführer seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch immer wieder dankt für ihre Tätigkeit und Leistung. Dank und Anerkennung braucht jeder schaffende Mensch.

Theodor Lüddicke

Lohn und Leistung

Naturalaustausch Anfang der Wirtschaft.

In den Jahren der schlimmsten Arbeitslosigkeit vor 1933 konnte man auf Berliner Arbeitsämtern gelegentlich einen sehr charakteristischen Vorgang beobachten. Ein Mann sprang auf eine Bank und rief den rings wartenden Arbeitslosen mit lauter Stimme zu: „Alles mal herhören! Ich bin Schuhmacher und suche einen Tapezierer, der mir meine Stube tapeziert. Ich besohle ihm dafür seine Stiefel. Ist einer da, der tapezieren kann und ein Paar Schuhsohlen braucht?“

Vielleicht fand sich einer, vielleicht auch nicht. Das Schwierige war dabei, daß einer, der tapezieren konnte, nun gerade Schuhsohlen brauchte und nicht z. B. einen Haarschnitt oder ein paar Zentner Kohlen. Das Problem der Arbeitsbeschaffung wurde aber durch diesen Vorgang in ganz eindeutiger Weise umschrieben: Auf der einen Seite standen die arbeitsbereiten Menschen und auf der anderen Seite die Konsumenten, welche die Leistungen der arbeitsbereiten Menschen benötigten. Die arbeitsbereiten Menschen stellen — in ihrer Gesamtheit — gleichzeitig wieder die Konsumenten dar. Die erste Aufgabe der Arbeitsbeschaffung war, diese beiden Gruppen

von Menschen wieder zueinander in die natürliche wirtschaftliche Beziehung zu bringen.

Der oben geschilderte Vorgang beruhte auf dem Prinzip des Naturalaustausches. Dabei war es natürlich schwer, den Bedarf des einen gerade mit der Leistung des anderen zusammenzubringen. Fand der Schuhmacher seinen Tapezierer, der gerade Schuhe brauchte, so war die gelähmte deutsche Wirtschaft hier zu einem ganz kleinen Teil in Gang gebracht. Dieser Teil der Wirtschaftsbelebung war gar keine „Arbeitsbeschaffung“ im eigentlichen Sinne (denn die Arbeit war ja da, weil der Bedarf da war!), er war nur Arbeitsorganisation, Arbeitsausgleich, Ausgleich zwischen Arbeit und vorhandenem Bedarf.

Natürlich spielte sich dieser Vorgang hier in sehr vereinfachter Form ab. Die Voraussetzung dafür, daß dieser primitive Leistungsaustausch zustande kam, war z. B., daß die beiden Wirtschaftspartner noch Leder und Tapeten zur Verfügung hatten. Diese Materialien werden aber heute unter Einsatz eines komplizierten Apparates moderner Produktionsmittel hergestellt. Trotzdem bleibt die Fragestellung im Prinzip die gleiche: Warum sollte es nicht möglich sein, das Zusammenwirken der Kräfte so zu organisieren, daß auch die verschiedenen Betriebe (mit ihren Schaffenden) untereinander zu einem Leistungsaustausch gebracht werden? Dies war, in großen Zügen dargestellt, diejenige Frage, mit der wir uns im ersten Stadium der Arbeitsbeschaffung zu beschäftigen hatten.

Das Geld.

Welche Rolle spielt nun das Geld bei diesem Leistungsaustausch? Das Geld schlägt eine sehr bequeme Brücke zwischen Leistung und Bedarf. Das Schuhbesohlen braucht nicht mehr direkt gegen das Tapezieren aufgerechnet zu werden, sondern kann sich in Form von Geld abgelten lassen. Das Geld gilt etwas. Es ist nicht die Leistung selber, wohl aber bedeutet es eine Leistung. Es ist eine Leistungsbescheinigung. Es ist der abstrakte, normierte, gängige Ausdruck einer Leistung. Das Geld erleichtert seinem Besitzer, der es für irgend eine Leistung erhalten hat, nun wieder die von ihm benötigte Leistung (Gütermenge) an anderer Stelle der Volkswirtschaft für sich zu erheben.

Wie wir bereits feststellten, beschafft man eigentlich — im wörtlichen Sinne genommen — keine neue Arbeit, wenn man eine vorhandene Arbeitskraft mit einem vorhandenem Bedarf zusammenbringt. Man organisiert diese Arbeit nur. Allerdings ist auch dies nicht etwa allein dadurch möglich, daß man neue Geldmengen „schöpft“ und ins Volk pumpt. Man

darf nicht bei der Leistungsbeseinigung anfangen, sondern muß bei der Leistung anfangen. Erst die Arbeit, dann das Geld! So ist es im Kleinen, warum sollte es im Großen anders sein? Man könnte das im voraus geschaffene und verteilte Geld auch mit einer leeren Konservenbüchse vergleichen, die den Zweck hat, eine nachzuschaffende Leistung aufzunehmen. Wie die Entwicklung in Frankreich (unter Leon Blum) etwa beweisen konnte, liegt die Gefahr sehr nahe, daß die Leistung nachher die geschaffene Geldeinfassung nicht ausfüllt!

Was wird, wenn ein marxistisch verfeuchtes Volk die Leistung nachher nicht liefert? Wenn Streiks ausbrechen, und wenn man glaubt, durch Herumsitzen an den Maschinen schon das Seine getan zu haben? Dann fehlt eben das Gegenstück der Leistungsbeseinigung, des Geldes — nämlich die Leistung selber.

Der einzelne Volksgenosse macht sich darüber nicht immer Gedanken. Er ist daran gewöhnt, daß Geld unbedingt auch kauft. Also ist er auch davon überzeugt, daß an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft schon die Leistungsmenge (Gütermenge) bereitliegt, die er dann mit seinem Geldlöffel für sich herauslangen kann. Da das bei einem undisziplinierten Volk, das nicht arbeitet, aber gar nicht möglich ist, bildet sich nur eine Belastung, oder, wie der Volkswirtschaftler sagt, eine neue Relation (ein neues Umrechnungsverhältnis) zwischen der erhöhten Geldmenge und der nicht erhöhten Gütermenge heraus. Das heißt: Die Preise steigen! Das neugeschaffene Geld, hinter dem keine Leistung marschiert, kauft also nicht etwa mehr Waren, sondern erscheint nur in Form erhöhter Ziffern auf den Preisschildern der Schaufenster.

Wirklich geltendes Geld entsteht auf Grund vorgetaner Arbeit oder auf Grund nachzutuernder Arbeit. Im letzteren Falle könnte man es auch als Voraus-Geld bezeichnen. Dieses Voraus-Geld bezeichnet man gewöhnlich als Kredit. Es muß durch nachzutuernde Arbeit erst noch wirtschaftlich belegt und damit gerechtfertigt werden. Im anderen Falle ist es eine Attrappe. Auch durch Auszahlung solcher Geldattrappen kann man bei gutgläubigen Leuten zunächst einmal ein merkwürdiges Gefühl der Befriedigung erzeugen. Wir kennen dieses Gefühl aus der deutschen Inflationszeit her! War es nicht großartig? Unter dem wunderbaren Weimarer System verdiente man 1000 Mark in einer Woche! Als man dann aber bei den Millionen, Milliarden und Billionen angelangt war, bückte sich kein Mensch mehr auf der Straße nach einem Tausendmarkschein.

Wir können uns die Nationalwirtschaft vorstellen als ein großes Ge-

gefäß. Jeder, der arbeitet, tut das Ergebnis seiner Leistung hinein in dieses Gefäß: Kohlen, Brot, Kartoffeln, Fahrräder, Kleiderstoffe, Radioapparate oder was es sonst immer sei. Meist wirken bei der Herstellung eines Produktes mehrere Volksgenossen mit, was aber auf dasselbe hinausläuft: Jede produktive Leistung findet sich an irgendeiner Stelle des Nationalhaushaltes als verfügbares Gut wieder, das man kaufen kann, oder das der Lebenssteigerung des ganzen Volkes dient (im Falle es sich z. B. um öffentliche Bauten, Straßen usw. handelt).

Für diese Leistung erhält der Schaffende einen Lohn, mit dem er Güter, die er wieder für sich selbst braucht, abheben kann. Der Vorgang ist hier ähnlich wie bei einem Bankkonto: Man kann nichts abheben, wenn man nicht zuvor etwas eingezahlt hat. Man kann von dem nationalen Güterkonto nichts für sich beanspruchen, wenn man nicht an irgendeiner Stelle der Wirtschaft etwas dazu beigetragen hat, daß dieses Güterkonto anwuchs. Wie sollen denn überhaupt Güter entstehen, wenn nicht durch Arbeit?

Der Lohn, der in Geldform ausgezahlt wird, trägt also den Charakter einer Leistungsbescheinigung. Diese Leistungsbescheinigung ist gleichbedeutend mit einer Konsumbewilligung, denn der Geldlohn gibt den einzelnen Mitarbeitern der Nationalwirtschaft die Möglichkeit, sich zum Ausgleich für die eigene Leistung, die in das große Gefäß hineingetan wurde, eine andere Leistung herauszuholen. Beispiel: Feldfrüchte oder Fabrikate tut man hinein, Nahrungsmittel oder ein Motorrad holt man sich heraus.

Der Lohn in Geldform erfüllt hierbei die Funktion eines Schöpflöffels für wirtschaftliche Güter. Das Geld ist im Grunde eine verkehrstechnische Erfindung, die den Gütertausch erleichtert. Es ist ein Mittel des Tausches („Tauschmittel“). Ohne dieses Mittel hätte es ein Mann, der Schuhe besohlen kann und eine Stube tapeziert haben will, schwer, den Tapezierer zu finden, der im Augenblick gerade neue Schuhsohlen braucht (siehe das eingangs erwähnte Beispiel!). Das Geld ist einem Lieferwagen sehr verwandt, der Güter hin und her fährt. Zwischen dem Lieferwagen und der Ladung besteht aber ein sehr großer Unterschied! Der Lieferwagen ist noch nicht gleichbedeutend mit der Ladung — was allen denjenigen noch einmal gesagt sein mag, welche die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allein von der Geldseite her beseitigen wollen, ohne die organisatorische Beherrschung der Leistungsseite gebührend in Betracht zu ziehen. Die Zahl der Schöpflöffel (also der Konsumbewilligungen in der Form des Geldlohnes) darf niemals größer sein als die Zahl der Güter, die sich in dem großen Gefäß befinden. Noch einfacher ausgedrückt: Was hätte es für einen Zweck, wenn mehr

Löffel in der großen Terrine herumfahren als Klöße darin sind? Würde die vermehrte Anzahl der Löffel mehr Klöße herausfischen können, als sich nun einmal in dem Gefäß befinden? — Keinesfalls!

Wie würde sich denn die vermehrte Anzahl der Lohnlöffel, denen keine Leistungen gegenüberstehen, auswirken? Wenn auf eine Wurst, die eine Mark kosten mag, ein Löffel entfällt, so besteht ein gesundes Verhältnis zwischen umlaufendem Geld und vorhandenem Gut. (Es wäre nicht ganz richtig, ohne weiteres zu sagen: „Dann kostet die Wurst eben eine Mark“, denn auch der Preis spielt dabei noch eine Rolle, worauf aber hier nicht näher eingegangen werden soll.) Gebe ich im Gesamtdurchschnitt der Nationalwirtschaft zwei Geldlöffel für eine Wurst heraus, so können die Besitzer dieser Löffel nicht etwa pro Mann zwei Würste für sich herauserschöpfen, sondern eben auch nur eine Wurst. Wie wirkt sich aber der zweite Löffel für die eine Wurst aus? Der zweite Löffel bewirkt nur eine Preiserhöhung, d. h. er verändert nur das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Löffel und Leistung. Da auf eine Wurst jetzt zwei Löffel entfallen, besteht eine grundsätzliche Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Preis der Wurst entsprechend steigt, und zwar auf etwa zwei Mark. Es handelt sich hierbei um eine Preissteigerung, die von der Geldseite her eingeleitet wurde.

Wie nennt man dieses ungesunde Verhältnis zwischen Geld und Gut? Das deutsche Volk hat auf diesem Gebiet seine Erfahrungen, denn entfiel nicht im Jahre 1923 in Deutschland schon einmal eine Billion Schöpfungslöffel auf eine Wurst? Damals lernte das deutsche Volk, daß man dieses ungesunde Verhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge als „Inflation“ bezeichnet. Eine Inflation entsteht, wenn man nur die Schöpfungslöffel vermehrt, nicht aber auch die Güter. Auf diese Weise setzt man nur Geld in die Welt, das nichts gilt.

Die Inflation hatte allerdings auch zwei gute Seiten: Sie bildete das Volk im Kopfrechnen aus und im Schnellauf. Wer seine Lohntüte mit den ehrlich erworbenen Konsumbewilligungen erhalten hatte, mußte schleunigst zum nächsten Laden sprinten, um seine geldtechnischen Schöpfungslöffel noch wirkungsvoll einsetzen zu können. Wenn er auch nur kurze Zeit zögerte, so war schon wieder eine Fülle neuer Löffel produziert, die dann sogleich mit den Löffeln, die der Arbeiter in seiner Lohntüte hatte, in Wettbewerb traten. Man mußte schnell schöpfen, sonst verloren die Löffel, die man sich ehrlich verdient hatte, ihre Geltung im Gedränge mit den anderen Löffeln, die bereits wieder neu hinzugekommen waren. Man griff mit diesen Löffeln gewissermaßen ins Leere, denn das ausgleichende Gegengewicht in Gütern war nicht da.

Wenn die Geldsäule der Gütersäule entspricht, gilt das Geld etwas. Man kann damit kaufen. Erhöht man aber die Geldsäule, ohne die Gütersäule entsprechend zu erhöhen, hat das hinzugekommene Geld keinen Sinn mehr. Es wird daher auch häufig als Leergeld bezeichnet.

Der Sinn der Wirtschaftsbelebung.

Der einfache Sinn der Wirtschaftsbelebung ist, daß man das herstellt, was einem fehlt, was man braucht.

Um die Wirtschaftsbelebung vornehmen zu können, braucht man allerdings auch eine Kreditausweitung, also eine Geldschöpfung.

Es ist aber ein großer Unterschied, ob man das Voraus-Geld, hinter dem noch keine Leistung steht, als Lohnerhöhung — d. h. gewissermaßen als ungedeckten Scheck — auszahlt, oder ob man es zunächst einmal in die Produktion steckt zum Erwerb der Rohstoffe (etwa Häute für Schuhsohlen) und dort arbeiten läßt. In der Lohntüte des Arbeiters arbeitet das Geld ja nicht, genau so wenig wie es in den Banktresoren arbeitet. Es arbeitet nur in den Fabriksälen, auf den Äckern usw. Das heißt: Es muß erst in Maschinen usw. kriechen und die Form von zielgerecht angelegten PS annehmen oder sich in irgendeiner anderen Form produktiv auswirken. Auf diese Weise entsteht erst die wirtschaftliche Leistung, die allein die Deckung für den Lohn abzugeben vermag. Lohn ist ein Güteranspruch, den man in Geldform erhält, wenn man dafür den entsprechenden Leistungsanteil bei der Schaffung der Güter (auf die der Anspruch lautet) hinter sich gebracht hat. Der eine arbeitet dabei gewöhnlich an Gütern, die der andere braucht, was nichts an der Grundtatsache ändert, daß hinter dem geldmäßigen Güteranspruch immer ein Gut zu stehen hat. Die Arbeitsteilung, die in einer hochentwickelten Volkswirtschaft herrscht, ist eine Gemeinschaftsleistung, die durch ein harmonisches Zusammenwirken aller nationalen Produktivkräfte — der menschlichen wie der sachlichen — entsteht.

Die Geldschöpfung und die Leistungschöpfung müssen also immer in Parallele zueinander stehen.

Jürgen Intemann

Wirtschaftliches ABC

Es sollen im Nachfolgenden einige oft gehörte und oft — freilich nicht immer am rechten Platze — genutzte Ausdrücke aus dem Bereich der Wirtschaft herausgegriffen und erläutert werden. Der Zweck ist erreicht, wenn dadurch das Interesse auf wirtschaftliche Fragen der Volksgruppe hinge-

lenkt und dazu beigetragen wird, Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit in wirtschaftlichen Dingen zu überwinden..

Wirtschaft ist die planmäßige Tätigkeit menschlicher Gemeinschaften zur Beschaffung der Sachgüter, die zur Befriedigung der Bedürfnisse notwendig sind. Wirtschaft erstreckt sich also nicht auf Kulturgüter und hat zur Voraussetzung planmäßiges und gemeinschaftliches Handeln. Robinson auf seiner Insel wirtschaftet nicht, wenn er sich Bananen zum Frühstück oder ein Feigenblatt pflückt. Von einer Wirtschaft kann erst dann die Rede sein, wenn z. B. von den drei Personen Müller, Meyer und Schulz nicht jeder sein eigener Schneider, Jäger und Bauer ist, sondern Müller sich ganz der Landwirtschaft widmet, Meyer sich als Schneider spezialisiert und Schulz die anderen mit Fleisch versorgt. Die drei verteilen die Arbeit unter einander derart, daß jeder sein ganzes Können auf eine bestimmte Aufgabe konzentriert und somit unter Vermeidung der Zersplitterung seiner Kräfte seine Leistungsfähigkeit steigert. Das ist Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung ist also das Charakteristikum der Wirtschaft und der Ausgangspunkt für unsere heute so vielfältigen Berufe. Wirtschaft ohne Gemeinschaft ist nicht denkbar, weil Arbeitsteilung nur in einer Gemeinschaft möglich ist.

Handel wird oft als lästige Betätigung gewinnhungriger Existenzen empfunden. Mancher meint, zwar der Hersteller etwa einer Zahnbürste schaffe Werte und müsse dafür sein Entgelt erhalten, der Kaufmann jedoch vermehre nicht den Wert der Ware und sein Verdienst sei daher ungerechtfertigt. Man verwechselt dann den Kaufmann leicht mit jenen fragwürdigen Gestalten, die auf der Suche nach möglichst mühelosem Gelderwerb ganz planlos sich in die sogenannten Gelegenheitsgeschäfte als Vermittler hineindrängen.

Der Kaufmann plant, überlegt, organisiert den Warenverkehr. Er hält — um beim Beispiel zu bleiben — für den Käufer große und kleine, flache und gewölbte Zahnbürsten bereit. Damit enthebt der Kaufmann den Käufer der Notwendigkeit, jeden Hersteller der verschiedenen Zahnbürsten aufzusuchen, bis er das Richtige gefunden hat. Der Handel überbrückt den Raum zwischen Hersteller und Verbraucher; der Handel überbrückt die Zeit zwischen Herstellung und Gebrauch, sowie zwischen Kauf und Zahlung. Der Handel verbindet die Menge der Hersteller mit der Menge der Verbraucher und ist durch die Arbeitsteilung notwendiges Glied jeder Wirtschaftsgemeinschaft geworden.

Geld. Auch das Geld ist gemeinschaftsbedingt. Die Arbeitsteilung brachte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Nenners zum Tauschen (Kaufen und Verkaufen) der verschiedenen Sachgüter mit sich. Geld an sich hat

keinen Wert, kann aber als Rechnungseinheit und Zahlungsmittel Werte vertreten.

Kredit (lat. credere — vertrauen). Meyer hat Geld gespart. Er kann sich dafür bestimmte Dinge kaufen; er braucht es aber nicht gleich zu tun. Sein Wunsch ist, sich in Zukunft einmal einen Bauernhof zu kaufen. Krause will eine Schusterwerkstatt eröffnen, braucht dazu Werkzeuge, hat aber kein Geld. Um Geld zu verdienen, muß er arbeiten; zum Arbeiten braucht er aber wieder die Werkzeuge. Krause geht nun zu Meyer, welcher vorläufig auf seinen Bauernhof verzichtet und ihm das notwendige Geld als Darlehen gibt. Jetzt kann Krause die Werkzeuge kaufen, arbeiten, verdienen und bald auch das geliehene Geld (das auf diese Weise bei Krause „arbeitet“, d. h. genauer, Arbeitsmöglichkeiten schuf), an Meyer zurückgeben. Kredit ist also ein Tausch (in diesem Fall Geld gegen Geld), wobei der Leistung in der Gegenwart die Gegenleistung in der Zukunft gegenübersteht.

Ein Partner, von dem befürchtet werden muß, daß er nicht gewillt oder in der Lage sein wird, den geliehenen Wert zum vereinbarten Termin zurückzuerstatten, bezw. die vereinbarten Zinsen zu zahlen, gilt als „nicht kreditfähig“.

Oft erfolgt die Leistung nicht in Geld, sondern in Waren, Sachgütern. Dieses liegt vor, wenn ein Kaufmann eine Ware verkauft, die Zahlung als Gegenleistung jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Als Beispiel sei hier auf den im August 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion abgeschlossenen Handelsvertrag verwiesen, laut welchem die Sowjetunion vom Deutschen Reich Maschinen geliefert erhält und diese erst später zu bezahlen hat.

Zins ist ein Preis. In unserem Beispiel (vgl. unter „Kredit“) hätte der Sparer Meyer sich seinen Bauernhof erwerben können, er hätte aber auch selbst Werkzeuge kaufen und mit diesen arbeiten können. Wenn er das nun nicht tat und seine Ersparnisse dem Krause zur Verfügung stellte, kann Krause die Geldmittel, resp. die dafür gekauften Werkzeuge für seine Zwecke benutzen. Für die Möglichkeit, mit Meyers Geld oder Werkzeugen arbeiten zu können, zahlt er einen Preis, ebenso wie er für die gemietete Wohnung die Miete als Preis bezahlt („Mietzins“). Zins ist also der Preis für die Benutzung eines Sachgutes oder des Geldes, das ein solches Sachgut verkörpert.

Währung ist das in einem Staat bestehende und gesetzlich festgelegte Geldsystem. Bei der Goldwährung ist die Geldeinheit (Gulden, Pfund) an das Gold gebunden, indem gesetzlich festgelegt ist, welche Goldmenge der

Geldeinheit entspricht. Bei jeder Schwankung des Goldpreises ändert sich auch der Wert der Währung; die Währung ist also Zufälligkeiten und internationaler Beeinflussung ausgesetzt. Die Lösung einer Währung vom Golde, wie sie etwa das Deutsche Reich vornahm, bedeutet also eine Verstärkung der Unabhängigkeit der Volkswirtschaft von außerstaatlichen Einflüssen und die Vermeidung von Schwierigkeiten, die durch Mangel an Goldvorräten eintreten können.

Clearing ist eine heute zwischen vielen Staaten vereinbarte Berechnungsmethode. Beim Clearing wird nicht jeder einzelne aus dem Auslande zu empfangende oder an das Ausland zu zahlende Betrag überwiesen, sondern die wechselseitigen Forderungen werden in einer Zentralstelle gesammelt; nur am Ende einer bestimmten Periode wird der entstandene Überschuf überwiesen.

Beispiel: Der Importeur Janson in Riga hat eine Zahlung an ein Berliner Werk zu leisten und der Rigaer Exporteur Ernstson hat eine Zahlung aus Leipzig zu erhalten. Janson zahlt die Summe in Riga auf das deutsch-lettische Clearingkonto bei einer Bank ein. Die eingezahlten Latbeträge bleiben in Riga; nach Berlin geht lediglich die Anweisung, aus dem Berliner Konto des Clearings in Reichsmark den Gegenwert für den von Janson in Riga eingezahlten Latbetrag an das Berliner Werk auszuzahlen. Wenn nun der Leipziger Käufer in ähnlicher Weise seine Zahlung an den Exporteur Ernstson in Riga leistet, so heben sich sowohl in Riga als auch in Berlin die Ein- und Auszahlungen beim Clearingkonto auf. Eine tatsächliche Überweisung von Zahlungsmitteln braucht nicht stattzufinden, oder doch nur dann, wenn auf der einen oder anderen Seite die Summe aller Einzahlungen die der Auszahlungen übersteigt.

Die an einem Clearingabkommen beteiligten Staaten haben die Möglichkeit, den an einer Stelle zusammengefaßten zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr jederzeit beobachten, beaufsichtigen und lenken zu können.

Importregulierung, Importkontingente und ähnliche Ausdrücke wurden seit etwa 1931 populär, als die sogen. „Wirtschaftskrise“ in fast allen Staaten eine zwangsweise staatliche Lenkung des Außenhandels notwendig machte. Insbesondere beziehen sich diese Maßnahmen auf den Import. Dem einzelnen Kaufmann bleibt es dabei nicht überlassen, zu importieren was, wieviel und woher er will.

In Lettland muß der Kaufmann, um — sagen wir — 100 Badewannen aus Deutschland importieren zu können, folgenden Weg einschlagen: Zunächst muß er als Kaufmann im Handelsregister eingetragen sein und einen Handelschein I. Kategorie besitzen. Dann muß er für jedes Kalenderjahr be-

hördlicherseits die Genehmigung erhalten, sich als Importeur betätigen zu dürfen, und für diese Genehmigung eine Abgabe entrichten. Weiter muß er jeweils für vier Monate voraus die Zuweisung eines Importkontingents beantragen, d. h. in diesem Fall also die Genehmigung, in einem bestimmten Zeitraum 100 Badewannen im Gewicht von 800 kg zu einem bestimmten Preise aus Deutschland einführen zu dürfen. Erst wenn diese Genehmigung vorliegt, darf er die Wannen bestellen. Der Staat beaufsichtigt auf diese Weise den Import und entscheidet nach Maßgabe der jeweiligen Wirtschaftslage, welche Einfuhr als notwendig zu genehmigen ist und in welchen Ländern gekauft werden soll.

Außenhandelslenkung will die Außenhandelsbeziehungen eines Staates in jene Staaten lenken, die als Handelspartner die meisten Vorteile bieten. Danach wird Lettlands Badewannenimport staalicherseits etwa auf Deutschland eingestellt werden, weil Lettland und Deutschland leichter als in Schweden oder Ungarn diese Wannen mit Butter bezahlen kann.

Bilanz. Wir stellen zunächst das Vermögen eines kaufmännischen Unternehmens fest, bestehend aus Grundstücken, Häusern, Maschinen, Waren, Bargeld und Forderungen. Das sind die Aktiva. Dann stellen wir die Schulden fest, das sind dann die Passiva. Der Rest, der uns nach Abzug der Passiva (Schulden) von den Aktiva (Vermögen) verbleibt, ist das Eigenkapital. Die Höhe des Eigenkapitals sagt dem Kaufmann, wieviel von den einzelnen Vermögensteilen wirklich ihm gehören, und wieviele sich nur in seinen Händen befinden, zur Bezahlung der Schulden aber verkauft werden müßten. Auf diese Weise wird die Bilanz eines Unternehmens ermittelt. Sie hat den Zweck, an einem Stichtag, gewöhnlich am 1. Januar, einen Einblick in die Artung des Unternehmens zu gewähren.

Zur Unterscheidung der Handelsbilanz muß also festgehalten werden: Die Bilanz im kaufmännischen Sinne ist eine summarische Gegenüberstellung von Vermögens- und Schuldenteilen, ausgeglichen durch das Eigenkapital.

Handelsbilanz ist die Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhrwerten für eine bestimmte Zeit. Während also die kaufmännische Bilanz den Zustand zu einem Zeitpunkt erfasst, gibt die Handelsbilanz die Entwicklung in einem Zeitraum an. Die Handelsbilanz eines Landes ist aktiv, wenn die Ausfuhr, und passiv, wenn die Einfuhr überwiegt. Wenn Lettland mehr Waren an das Ausland verkauft als es aus dem Ausland einführt, ist seine Handelsbilanz aktiv, im umgekehrten Falle ist sie passiv. Die aktive Handelsbilanz bringt durch den Verkauf von Waren Geldmittel herein und wird deshalb angestrebt.

Zahlungsbilanz ist eine Erweiterung der Handelsbilanz. Sie berücksichtigt nicht nur wie diese die Ein- und Ausfuhr von Waren, sondern auch den Reiseverkehr, Zahlungsverkehr usw., d. h. die Zahlungsbilanz erfasst jeden in Lats (bezw. Mark usw.) ausdrückbaren Verkehr mit dem Auslande. Die Zahlungsbilanz ist unbedingt erforderliche Ergänzung zur Handelsbilanz, weil sie als die umfassendere von beiden erst ein vollständiges Bild gibt. Ein Land kann eine aktive Handelsbilanz haben, also durch Ausfuhr verdienen, und trotzdem infolge einer Auslandsverschuldung aus früheren Zeiten eine passive Zahlungsbilanz aufweisen. Die ganze Schuldenregelung tritt aber nur in der Zahlungsbilanz in Erscheinung.

Wirtschaftskrise, gewöhnlich durch politische Begebenheiten hervorgerufen, ist eine Krankheitserscheinung des Wirtschaftsorganismus. Die Nachfrage nach Waren läßt nach, es fehlt an Arbeit, die Preise fallen; Arbeiter müssen deshalb entlassen werden, die Bevölkerung verdient weniger und kann deshalb nur das Notwendige kaufen; die Nachfrage nach Waren wird noch geringer — und so geht es weiter, bis durch äußere (meist politische) Ereignisse wieder Vertrauen in eine sichere Entwicklung einsetzt: Es werden wieder Geschäfte getätigt, Kredite gegeben, Arbeiter angestellt, Waren erzeugt, mehr verdient — und es geht wieder aufwärts.

Die letzte große Wirtschaftskrise begann 1931. Die Ursache lag im Versailler Vertrag, der jetzt erst der ganzen Welt spürbar wurde. Deutschland mußte Kontributionen an die Siegerstaaten zahlen, ohne sie in Waren begleichen zu dürfen. Anleihen mußten aufgenommen werden (Young und Dawes), ohne daß das Geld produktiv arbeiten konnte; es diente ja nur zur Tilgung der Kriegsschulden und schuf damit allmählich auf dem ganzen Geldmarkt Unordnung, während das Deutsche Reich selbst dem Staatsbankrott entgegen steuerte.

Zum andern hatte Versailles willkürlich eine Anzahl eingearbeiteter Wirtschaftsräume zerrissen (Oberschlesisches Industrieviertel). Die Umstellung schuf Reibungen, die erst um 1931 voll zur Auswirkung kamen.

Barbara Kupffer

Die deutsche Arbeitsordnung

1. Die Voraussetzungen.

Voraussetzungen jeder Wirtschaftsführung sind zwei Dinge: 1. die herrschende Ansicht vom Sinn und Zweck der Wirtschaft überhaupt; 2. die vorliegenden natürlich-technischen und allgemein-politischen Begebenheiten

und Notwendigkeiten. Die heutige Wirtschaftsauffassung, wie sie sich, vom Nationalsozialismus und Faschismus ausgehend, allmählich über alle Kulturvölker ausdehnt, ist auf eine kurze Formel gebracht die: daß die Wirtschaft dienendes Glied im Leben eines Volkes resp. Staates ist, daß sie mithin nicht mehr und nicht weniger zu leisten hat, als die materielle Grundlage für das Leben dieser Gemeinschaft zu schaffen. Selbstzweck ist die Wirtschaft nie gewesen, doch sie hat lange genug den Interessen Einzelner gedient und ist damit zum Verhängnis für die Gemeinschaft geworden.

Diese Anschauung verlangt, daß die Wirtschaft von der Stelle, die über das Gesamtleben des Volkes zu bestimmen hat, überwacht und gelenkt wird, sie setzt die radikale Brechung mit dem liberalistischen Gedanken der „freien Wirtschaft“ voraus und fordert dafür planvolle Wirtschaftsführung. Sie verzichtet aber andererseits nicht auf die schöpferische Initiative der Einzelpersonlichkeit, verlangt nur von ihr, daß sie sich den Forderungen der Gemeinschaft unterordnet.

Die zweite Grunderkenntnis völkischer Wirtschaftsauffassung ist die, daß der wesentlichste Faktor im Wirtschaftsleben die geballte Arbeitskraft der Glieder des Volkes ist. Nicht Edelmetallvorräte, nicht Naturschätze, nicht Maschinen, nicht Außenhandelsbilanzen bestimmen urfächlich den Wirtschaftsablauf, und damit die Sicherung des Volkslebens, sondern einzig die Leistungskraft der Schaffenden. Der Höchststand der völkischen Lebenssicherung ist nur gewährleistet, wenn die Leistungskraft voll und zweckmäßig ausgenutzt ist, oder wie man sich „national-ökonomisch“ ausdrückt, wenn sich die Wirtschaft im Stadium der Vollbeschäftigung befindet.

Diese Erkenntnis fordert von der Gesamtwirtschaftspolitik, deren Teilbereich der Arbeitseinsatz ist, die Ausschaltung der aus der liberalen Wirtschaftsepoche bekannten Konjunkturbewegungen. Es darf in der Wirtschaft nicht mehr eine Periode des Anstiegs, die ihren Höhepunkt im sogen. Hochschwung erreicht, von einer Periode des Abschwungs, die mit dem Tiefstand der Krise endet, abgelöst werden. Die Gesamtwirtschaftspolitik hat dafür Sorge zu tragen, daß es keine brachliegende Arbeitskraft gibt.

Schließlich ist nach der heutigen Erkenntnis die friedliche Entfaltung völkischen Lebens nicht schon allein dadurch gesichert, daß ein wohlgerüstetes Heer diesen Frieden bewacht, sondern daß auch für den Ernstfall die wirtschaftliche — nahrungs- und rohstoffmäßige — Grundlage des Volkslebens gesichert ist. Jede Wirtschaftspolitik ist darum heute bis zu einem gewissen Grade Wehrwirtschaftspolitik. Daß dieser Umstand be-

sonders intensive Anforderungen an die Leistungskraft jedes einzelnen stellt, versteht sich von selbst.

Diese einfachsten grundsätzlichen Erkenntnisse sowie die allgemein-politischen und technisch-natürlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten, die von Volk zu Volk verschieden sind und nur von einer übergeordneten Stelle in ihrer Gänge übersehen werden können, verlangen als einen wesentlichsten Tatkreis völkischer Wirtschaftsführung den Arbeitseinsatz. Schon das Wort ist Programm. Einsatz umfaßt die Begriffe Planmäßigkeit, Zweckmäßigkeit. Arbeit einsetzen, bedeutet sie als Mittel zu einem bestimmten Ziel gebrauchen. Dieses Ziel haben wir genannt. Arbeit kann aber nicht verteilt und eingesetzt werden wie Eisen oder Baumwolle, will heißen, Arbeit ist etwas Lebendiges, das nicht quantitativ, sondern qualitativ zu verteilen ist. Es geht darum im Grunde stets um den Arbeiter- und weniger um den Arbeitseinsatz.

Sollen nun Arbeiter, d. h. willensbegabte Menschen, zu einem bestimmten Ziel eingesetzt werden, so ist von diesen Menschen eine ganz bestimmte Haltung dem allgemeinen Wirtschaftsziel gegenüber zu verlangen. Jeder einzelne Schaffende, jeder Arbeiter (in des Wortes weitester Bedeutung), sei er Eisendreher oder Betriebsleiter, Schneider oder Universitätsprofessor, Buchhalter oder Hausfrau, muß sich dessen bewußt sein, daß er mit seiner persönlichen Leistung Träger der Volkswirtschaft ist, daß er nicht 6 oder 10 Stunden arbeitet, um am Monatsletzten sein Gehalt einzustreichen, sondern daß er seine Arbeit einsetzt, um das große von der Führung gesteckte Ziel der Lebenserhaltung des Volkes verwirklichen zu helfen. Mit noch größerer Strenge muß diese dienende Haltung von denjenigen verlangt werden, die erst neu in das Arbeitsleben eintreten, die sich erst einen Beruf wählen sollen.

Bewußter Einsatz an der richtigen Stelle und höchstmögliche Leistung an dieser Stelle sind die beiden Pfeiler, auf denen jede Planung des Arbeitseinsatzes aufbauen muß.

2. Die Teilbereiche des Arbeitseinsatzes.

1. Die Berufsberatung.

Eine Forderung, die sich von selbst versteht, ist die, daß jeder Arbeitseinsatz mit der Berufsberatung, d. h. mit der planmäßigen Nachwuchslenkung zu beginnen hat. Leitsätze dieser Arbeit sind:

- a) Kenntnis der zahlenmäßigen Nachwuchsanforderung in den einzelnen Berufen.

Kenntnis der leistungsmäßigen Anforderungen in den einzelnen Berufen.

Kenntnis des zahlenmäßigen Nachwuchsbestandes (Schulabsolventen).

- b) Verteilung des Nachwuchses nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, d. h. Zurückhaltung vor der Ergreifung überfüllter Berufe (Modoberufe) und Hinlenkung in Berufe, in denen Nachwuchsmangel herrscht (Mangelberufe).
- c) Beratung der Einzelnen im Hinblick dieser Notwendigkeiten und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Eignungen und Neigungen. Diese volkswirtschaftliche Forderung der Nachwuchslenkung wird vom Individuellen her dadurch gerechtfertigt, daß erfahrungsgemäß kaum ein Mensch so spezialbegabt ist, daß er sich nur für einen ganz bestimmten Beruf eignet; in der großen Mehrzahl der Fälle handelt es sich vielmehr um Begabungen, die mit gleich gutem Erfolge in mehreren Berufen verwendet werden können.

Mittel der Berufsberatung sind:

1. Das Urteil des Berufsberaters über die Eignung des Berufsuchenden auf Grund der
Aussprache mit ihm und den Eltern,
Beurteilung durch die Schule,
Beurteilung durch die Jugendorganisationen.
Falls diese Beurteilungen kein eindeutiges Bild ergeben, so kann eine psychologische Eignungsuntersuchung hinzutreten.
2. Unter Umständen zwingende Vorschriften, wie Sperrung einzelner Berufe oder Auferlegung gewisser vor der Berufsausbildung zu erfüllender Pflichten (Hauswirtschaftliches Pflichtjahr für Mädchen).
3. Ausfindigmachung und Förderung besonders Leistungsfähiger durch den Berufswettkampf.

3. Grundgedanken eines Berufswettkampfes.

Zu einem solchen Berufswettkampf sollen die bereits im Beruf befindlichen jungen Kräfte antreten und durch eine weltanschauliche Prüfung ihre Haltung zum Leben ihres Volkes im allgemeinen und zu ihrer Arbeit im besonderen beweisen. Durch eine sportliche Prüfung soll ihre körperliche Einsatzfähigkeit erkannt werden, und durch die fachliche Prüfung, die im Mittelpunkt des Berufswettkampfes steht, soll der Jugendliche zeigen, auf welchem Leistungsniveau er sich befindet. Für alle weiblichen Teilnehmer sind ferner Grundkenntnisse in der Hauswirtschaft zu verlan-

gen, weil jedes Mädchen gleicherweise für den Beruf der Hausfrau und für einen Erwerbsberuf gerüstet sein muß.

Durch das Prinzip eines Wettkampfes soll der Jugendliche nicht nur zu Leistungssteigerungen, sondern zu Bestleistungen angetrieben werden. Ein Berufswettkampf hat aber nur Sinn, wenn die in ihm erzielten Leistungen nicht einmalige Bravourstücke sind, sondern Dauerleistungen repräsentieren. Danach werden die Aufgaben gewählt werden müssen.

Hand in Hand mit dem durch Beratung und Wettkampf ermittelten Leistungsvermögen hat die Vermittlung von Lehr- und Ausbildungsstellen zu gehen. Diese Lehr- und Ausbildungsstellen müssen so gewählt sein, daß sie Gewähr dafür bieten, den Berufsnachwuchs in seiner Haltung zur Arbeit und im fachlichen Können zu Bestleistungen zu erziehen. Es gilt darum, nicht irgendwelche Lehrstellen ausfindig zu machen, sondern solche, bei denen der Lehrherr sich seiner Verantwortung der Volkswirtschaft gegenüber voll bewußt und wirklich ein Meister in seinem Fach ist.

Ist der Jugendliche ausgebildet, so beginnt die Arbeit der Vermittlung, der eigentliche Arbeitseinsatz.

4. Der Arbeitseinsatz.

In einem Aufsatz dieser Zeitschrift *) ist gesagt worden, die Vermittlung dürfe nicht soziale Fürsorge treiben, sondern wirklichen planvollen Arbeitseinsatz. Diese Forderung ist nur zu berechtigt. Genau wie der Berufsberater muß der Arbeitsvermittler die volkswirtschaftlichen Anforderungen des Arbeitseinsatzes kennen; er muß wissen, welche Berufe vorrangig mit Kräften versorgt werden müssen, welche Betriebe volkswirtschaftlich besonders wichtig sind und welchen erst in zweiter Linie Arbeitskräfte zuzuleiten sind. Mithin: er darf sich nicht von den zufällig anfallenden Arbeitsangeboten und Nachfragen lenken lassen. Auch hier sind zwingende Vorschriften unumgänglich, um den Erfolg des Arbeitseinsatzes zu sichern.

Die Einführung der Arbeitsbücher, die die Erfassung und Kontrolle jedes Einzelnen ermöglichen, die sogen. Verteilungsanordnung, die die Einstellung von Jugendlichen unter 25 Jahren genehmigungspflichtig macht, die grundsätzliche Sperrung des Zuzuges an Orte mit an sich schon geballter Arbeiterschaft (Berlin, Hamburg), das grundsätzliche Verbot des Abwanderns aus volkswirtschaftlich wichtigen Berufen in andere weniger wichtige seien aus der Arbeitspolitik Deutschlands als Beispiele aus der großen Zahl ähnlicher Verordnungen erwähnt. Zu betonen ist hierbei, daß alle

*) vgl. Foellkerham: Arbeitseinsatz und Planung, Balt. Monatsh. 1938, S. 135 ff.

diese Maßnahmen in den besonderen Umständen Deutschlands und dem zurückgehenden Nachwuchs bis 1947 begründet sind, daß sie also nicht wahllos auf alle Völker und Länder übertragen werden können. Grundsätzlich kann aber kein Arbeitseinsatz ohne zwingende Vorschriften durchgeführt werden.

Schließlich ist planvoller Arbeitseinsatz nur möglich, wenn er von einer Zentralfstelle aus betrieben wird, die die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten überblickt. Er wird unmöglich, wenn eine Vielzahl von privaten Vermittlungsstellen tätig ist, und erst recht, wenn die „Vermittlung unter der Hand“ üblich wird. D. h. es ist ein Unding, wenn jeder, der von einer offenen Stelle hört, seinen Freund, der gerade arbeitslos ist, dort unterbringt. Der Arbeitseinsatz muß darum die zwangsmäßige Meldung offener Stellen durch die Betriebe und die Registrierung der Stellensuchenden voraussetzen. Dasselbe gilt — das sei hier nachgeholt — von den Lehrstellen und dem Berufsnachwuchs.

5. Die innerbetriebliche Arbeitsordnung.

Voraussetzung aller dieser Ausführungen ist, wie gesagt, die vollbeschäftigte Wirtschaft. Sie fußt auf folgenden Notwendigkeiten: Lenkung des Berufsnachwuchses, volkswirtschaftlich richtiger Arbeitseinsatz, inner- und überbetrieblicher Arbeitsfrieden und ständige Bemühungen um die Leistungssteigerung.

Der innerbetriebliche Arbeitsfriede, der von größtem volkswirtschaftlichem Interesse und nicht nur Sache jedes einzelnen Betriebes ist, wird etwa im Deutschen Reich durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 gesichert.

Paragraph 1 lautet: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.“ Jedes Wort dieses Paragraphen hat Gewicht: Der Betrieb als Zelle eines großen Organismus dient der geordneten Volkswirtschaft; Führer und Gefolgschaft bilden dabei eine Einheit, sie stehen sich nicht als Arbeitgeber und Arbeitnehmer beziehungslos gegenüber, sie vertreten nicht Sonderinteressen, die in Streiks, Aussperrungen und Lohnkämpfen anderer Art aufeinanderprallen, sondern arbeiten gemeinsam für ein Ziel.

Der Führer des Betriebes entscheidet nach § 2 über alle innerbetrieblichen Angelegenheiten. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft, die ihm zur Treue verpflichtet ist, zu sorgen; ihm zur Seite stehen Vertrauensmänner aus den Reihen der Gefolgschaft. Betriebsführer und Vertrauens-

leute bilden den Vertrauensrat, der die Pflicht hat, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen. Dies allein ist der Sinn des Vertrauensrates, er darf sich nicht als Kontrolleur des Betriebsführers ansehen. Nicht Begründung von überbetrieblichen Berufsgenossenschaften (wie die früheren Gewerkschaften) zur Wahrung und Durchsetzung von Sonderinteressen, sondern Begründung innerer Betriebsgemeinschaften ist somit eines der Ziele nationalsozialistischer Arbeitspolitik gewesen. Dafür Sorge zu tragen, daß solche Gemeinschaften entstehen und lebendig bleiben, ist Pflicht jedes am Arbeitsleben Teilnehmenden; sie können weder allein vom Betriebsführer, noch allein von der Gefolgschaft geschaffen und noch viel weniger durch Gesetz dekretiert werden. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, hat einmal in diesem Zusammenhang gesagt: „Das Gesetz wäre ein Verbrechen, wenn wir nicht gleichzeitig die Erziehung in die Hand genommen hätten.“

Jede menschliche Gemeinschaft jedoch, will sie nicht zu einem Haufen werden, muß unter Disziplin stehen. Die Betriebsgemeinschaft findet diese Bindungen in der vom Betriebsführer erlassenen Betriebsordnung. Sie enthält die Bestimmungen über die Arbeitszeit, Termine und Art und Weise des Arbeitsentgeltes, die Kündigungs- und alle sonstigen für den Betriebsfrieden wichtigen Bestimmungen. Diese Betriebsordnung ist für alle Betriebsangehörigen rechtsverbindlich und muß es sein.

Das Gesetz gibt jedoch nur Rahmenvorschriften für die innerbetriebliche Ordnung und bewirkt dadurch, daß die Betriebsgemeinschaft aus sich heraus lebendig wachsen kann. Für die vielen zur Förderung des innerbetrieblichen Arbeitsfriedens, der Leistungssteigerung und der Arbeitsfreude dienlichen Maßnahmen werden nur Anregungen gegeben, ihre Ausgestaltung aber wird in das freie Ermessen jedes Betriebes gestellt. Dazu seien genannt: Schönheit der Arbeit, im Betriebe durchgeführte Fortbildungskurse, Betriebsfeiern (1. Mai), Betriebsport, Werkkonzerte, zum einzelnen Betrieb gehörige Erholungsheime, Arbeiterfiedlungen u. a. m. Den Erfolg dieser Maßnahmen kann jeder beobachten, der in einen Betrieb kommt und sich von einem Arbeiter über „unsere“ 1. Maifeier oder „unseren“ Betriebsport erzählen läßt, der denselben Arbeiter mit Achtung und Vertrauen vom Betriebsführer sprechen hört und sich von ihm mit berechtigtem Schöpferstolz die Erzeugnisse des Betriebes zeigen läßt.

6. Die überbetriebliche Arbeitsordnung.

Obgleich im Deutschen Reich die nationalsozialistische Arbeitspolitik die Eigeninitiative nicht ausschaltet, obgleich der Staat nicht selbst Wirt-

schafter wird, sondern nur die Wirtschaft lenkt, verlangt eine geschlossene Arbeitseinsatzregelung doch auch eine überbetriebliche Instanz, die die Verantwortung für die Wahrung der Gesamtbelange trägt. Auf dem Gebiet der Wahrung des Arbeitsfriedens ist diese Instanz der vom Reichsinnenminister für ein größeres Wirtschaftsgebiet bestimmte Reichstreuhand der Arbeit.

Entstehen Interessengegensätze zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft, die sich nie gänzlich ausschalten lassen, so hat der Treuhänder sie zu schlichten; erscheint es im Interesse der volkswirtschaftlichen Belange geboten, in innerbetriebliche Angelegenheiten einzugreifen, so hat er das Recht hierzu; er hat die Kontrolle über Entlassungen in größerem Umfang und hat über ihre Rechtmäßigkeit zu entscheiden. Liegen gröbliche Verletzungen der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten vor, die als Verstöße gegen die soziale Ehre angesehen werden, so hat der Treuhänder das Recht, den Antrag auf Sühnung dieser Verstöße durch ein Ehrengericht zu stellen. Ein wichtigstes Arbeitsgebiet liegt aber in der Setzung von Tarifordnungen. Im Gegensatz zu den früheren Tarifordnungen, die von den Gewerkschaften als Kampfmittel gegen die Unternehmer erlassen wurden, werden die neuen Tarifordnungen von einem Reichsbeamten, das ist der Treuhändler, zwar zum Schutze einer Gruppe von Beschäftigten doch in erster Linie zur Wahrung des Arbeitsfriedens bestimmt. Sie geben Mindestbedingungen an, stehen über den Betriebsordnungen und sind rechtsverbindlich. Damit sind wir zu dem überaus wichtigen Gebiet der Arbeitspolitik — der Lohngestaltung — gekommen, das uns mitten in allgemein volkswirtschaftliche Probleme hineinführt.

Der durch die Arbeitsleistung verdiente Lohn soll jedem einzelnen in dem heutigen System der Geldwirtschaft den ihm gebührenden Anteil an der Erzeugung sichern. Einfacher ausgedrückt: es soll jedem ermöglicht werden, seine Bedürfnisse an Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, sowie seine kulturellen Bedürfnisse zu decken. Wieweit ihm das möglich ist, hängt nicht von dem nominell ausgezahlten Lohn, sondern von dem Preisniveau ab. Eine stabile Lohnpolitik setzt darum eine stabile Preispolitik voraus, die im Deutschen Reich durch die allgemein gültigen Preisnormierungen, Überwachungsstellen und die Instanz des Preiskommissars gesichert ist; einen sehr wichtigen Punkt bildet hierbei die Markt- und Preisregulierung des Reichsnährstandes.

Wenn auch in der heutigen deutschen Arbeitspolitik an dem individuellen Arbeitsvertrag weitgehend festgehalten wird, so darf das nicht wie in der liberalen Epoche dazu ausarten, daß der Lohn in einem Machtkampf

zwischen Unternehmer und Arbeiter ausgehandelt wird. Daher sind sehr bald nach Verkündung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit eine sehr große Zahl von Tarifordnungen erlassen worden (Seit der Geltung des Gesetzes bis zur Mitte des Jahres 1937 allein rund gerechnet 1800). Durch diese an den Lebenshaltungskosten orientierten Tarifordnungen ist jedoch ein festes und gerechtes Lohnniveau noch nicht gesichert, da es einerseits grundsätzlich nicht verboten ist, die Mindestsätze der Tarifordnungen zu überschreiten, und auf der andren Seite eine allgemein gültige Tarifordnung nicht dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Einzelnen in genügendem Maße Rechnung tragen kann.

Angeichts der großen Arbeiterknappheit und der relativ schmalen Nahrungsgrundlage Deutschlands war es im Interesse des Arbeitsfriedens und der Erhaltung des Preisniveaus geboten, das Lohnüberbieten seitens der arbeitersuchenden Unternehmen, das sog. Wegengagieren, zu verhindern, es fehlt darum auch nicht an darauf abzielenden Maßnahmen (Einstellungsgenehmigung für Bau- und Metallarbeiter, Verlängerung der Kündigungsfrist auf drei Monate in einigen Wirtschaftsgebieten usw. auch für Arbeiter.

Es widerspräche der nationalsozialistischen Arbeitspolitik, die eindeutig auf Leistungssteigerung ausgerichtet ist, wollte man ein schematisches, starres Lohnniveau schaffen, es müssen vielmehr Möglichkeiten für einen Leistungslohn offen bleiben. Daher ist der Akkordlohn, dessen zahlreiche Spielarten hier nicht untersucht werden können, in weitgehendem Maße für die Arbeiter in Anwendung geblieben; hinzu kommt die schon heute vielfach durchgeführte Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft, die nicht schematisch, sondern möglichst nach Maßgabe der Leistung durchgeführt werden soll. — Nebenbei bemerkt, kommt eine Gewinnbeteiligung als Leistungslohn nur in Frage, wenn die Gewinnerhöhung auf Leistungssteigerung und nicht auf außerbetriebliche Umstände zurückzuführen ist.

Neben die Lohndifferenzierung auf Grund unterschiedlicher Leistung tritt die Lohndifferenzierung auf Grund bevölkerungspolitischer Grundsätze. Hierbei ist die deutsche Einkommensteuerepolitik, die das steuerliche Leistungsvermögen der Ledigen und der Verheirateten, der Kinderlosen und der Kinderreichen ungeheuer fein berücksichtigt, sowie die Einrichtung der Familienzuschläge, der Kinderbeihilfen, die Winterhilfe, die gesamte nationalsozialistische Volkswohlfahrt u. ähnl. zu erwähnen.

Schließlich ist die Einführung der Bezahlung von Feiertagen als wichtiger Punkt gerechter Lohnpolitik nicht zu vergessen; und da der Mensch nicht von Brot allein lebt und aus Gründen der heutigen deutschen Wirt-

schaftslage an ein vielleicht mancherorts gewünschtes allgemeines Erhöhen des Lohnniveaus nicht gedacht werden kann, tritt als notwendige Ergänzung der Lohnpolitik die Errichtung der nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, das Arbeiterfiedlungs- und das Heimstättenwerk.

7. Die Leistungsgemeinschaft.

Mit dieser Erwähnung betreten wir das Aufgabengebiet der Deutschen Arbeitsfront, der Organisation aller schaffenden Deutschen. Berufsberatung und Arbeitseinsatz werden in Deutschland von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit deren Landes- und Ortsarbeitsämtern durchgeführt. Die Sicherung des Arbeitsfriedens ist den Treuhändern der Arbeit, der DAF und den Betriebsgemeinschaften gemeinsam übertragen.— Das dritte Kernstück nationalsozialistischer Arbeitspolitik: die Betreuung des einzelnen Arbeiters, die Zusammenführung aller Schaffenden zu einer großen Leistungsgemeinschaft und die Maßnahmen zur Erziehung zur Leistungssteigerung liegen in den Händen der Deutschen Arbeitsfront. Zu betonen ist, daß die DAF keine Zwangsgemeinschaft kennt; sie will also keine Zwangsorganisation sondern eine wirkliche Gemeinschaft sein.

Die Erfüllung ihrer obersten Aufgabe: Schaffung einer Leistungsgemeinschaft ist, wie mehrfach betont, die Voraussetzung der gesamten Arbeitspolitik. Die Teilbereiche dieser Grundforderung sind folgende:

1. Gestaltung des sozialen Ausgleichs, d. h. Erziehung von Betriebsführer und Gefolgschaft zur sozialen Haltung zum Arbeitsleben. Als sichtbares Zeichen solcher Haltung ist die Verleihung des Ehrennamens „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ vorgesehen.
2. Entwicklung der Berufsertüchtigung. Hierher gehören die von der DAF getragenen Fachkurse innerhalb eines Betriebes und für ganze Berufsgruppen gemeinsam, Umschulungsmaßnahmen, Herausgabe von Fachzeitschriften, und vor allem die Überwachung des Lehrlingswesens und die Durchführung des Reichsberufswettkampfes der Jugend, des Wettkampfes der Gesellen und der Meister und des Leistungskampfes der deutschen Betriebe.
3. u. 4. Die Errichtung von Selbsthilfeorganisationen und die umfassende Freizeitgestaltung. Errichtung von Eigenheimen, Begabtenförderung, „Schönheit der Arbeit“, das gewaltige „Kraft durch Freude“-Werk mit seinen Reise-, Theater-, Konzert-, Vortrag- und Sportveranstaltungen sind die Verwirklichungsergebnisse dieses Programmpunktes.

5. Organische Gliederung der Schaffenden, die durch die bezirkliche Gliederung und die Aufteilung nach Betriebsarten unter gleichzeitiger Schaffung von 16 Reichsbetriebsgemeinschaften verwirklicht wird.

Wir sagten eingangs, daß der Arbeitseinsatz Teilbereich der Wirtschaftspolitik sei und begriffen auch die Tätigkeit der DAF in den Begriff Arbeitseinsatz ein. Aus dem über die Aufgaben der DAF Gesagten geht aber hervor, daß sie z. T. weit über das rein Wirtschaftliche hinausgreifen und in das Kulturleben des Volkes hineinreichen. Es ist dieses kein Widerspruch: da die Arbeitsfront die schaffenden Menschen umfaßt, kann sie nicht Wirtschaftliches von Kulturellem scheiden; sie kann sich nur, will sie ganze Arbeit leisten, an den ganzen Menschen wenden.

Hier wird wiederum der radikale Gegensatz zu den früheren Gewerkschaften und Arbeitgebernverbänden deutlich: diese wollten den Menschen nur in so weit er Wirtschaftssubjekt ist erfassen und schufen damit eine verhängnisvolle Zweiteilung in 8 Stunden Arbeitsleben und 16 Stunden Privatleben, verhinderten systematisch eine wirkliche Leistungssteigerung und betrieben die Politik des Klassenkampfes. Das A und O der nationalsozialistischen Arbeitspolitik ist es dagegen, dieses Prinzip des Klassenkampfes auszurotten und eine Leistungsgemeinschaft zu schaffen. Diesem Ziel dienen die gesamten ordnenden und lindernden Maßnahmen der neuen deutschen Regelung des Arbeitseinsatzes.

Ernst von Bergmann

Ein Leistungsleben

Bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hat die Zuwanderung deutschen Blutes aus dem Deutschen Reich in die damaligen russischen Ostseeprovinzen angedauert. In den letzten drei Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts setzte eine rückläufige Bewegung ein. So mancher Sohn der baltendeutschen Volksgruppe wanderte ins Reich zurück und fand erst hier in dem nach den Einigungskriegen mächtig erstarkenden zweiten Reich das Feld der Tätigkeit, das ihm eine volle Entfaltung seiner Fähigkeiten ermöglichte.

Einer der hervorragendsten baltischen Vertreter an des Reiches Universitäten und in der gesamtdeutschen Wissenschaft, wurde Ernst von Bergmann, geboren in Riga am 16. Dez. 1836, zugleich der markanteste und bedeutendste Chirurg seiner Zeit. Seine Jugend fällt in die Blütezeit der damaligen baltischen Provinzen. Im väterlichen Pastorat Rujeene wächst er

auf. Ein glückliches Familienleben im Elternhause, engste Verbundenheit des Vaters mit seiner ausgedehnten Landgemeinde (waren doch die Bergmanns seit 1785 in dritter Generation Pastoren in Rujecna), vielfältige Beziehungen zu einem großen Freundes- und Verwandtenkreis im Lande, vielseitige, im Pfarrhause gepflegte geistige Interessen — dieses waren die Voraussetzungen, unter denen der Knabe groß wurde. Es ist kennzeichnend, wie der gereifte, inmitten verantwortungreicher Arbeit stehende Mann in stillen Stunden in Gedanken immer wieder zurückkehrt in sein Jugendland und Eindrücke aus Heimat und Vaterhaus ihm Wertmaß und letzte Zielsetzung bedeuten.

Neben der häuslichen Erziehung im väterlichen Pastorat sind es die Jahre auf dem berühmten ritterschaftlichen Landesgymnasium „Birkenruh“, die in nachhaltiger Wirkung sein ganzes späteres Leben bestimmt haben. Hier konnte Bergmann auch Proben seiner unverwüftlichen Gesundheit ablegen, die ihn bis in sein hohes Alter zur kraftsprühenden, lebensbejahenden Persönlichkeit machte.

An der deutschen Landesuniversität Dorpat hat Bergmann dann als Livländer Landsmann in vollen Zügen das Burschenleben genossen, doch bewahrten ihn seine geistigen Interessen vor wildem Müßiggang. Hinzu kam die wissenschaftliche und geistige Höhe Dorpats, das damals seine Blütezeit erlebte. Eine Reise nach Königsberg, Breslau, Bonn, Wien, Leipzig und Berlin dient seiner weiteren Ausbildung. Bald erscheinere als Ausbeute dieses Studiums, wissenschaftliche Arbeiten in verschiedenen deutschen Fachzeitschriften. Eine scharfe Kritik wechselt mit aufrichtiger Begeisterung für wirklich Wertvolles und Schönes in seinen Reisebriefen und läßt seinen diagnostischen Scharfblick und das ungeheuerere wissenschaftliche Streben in ihm erkennen.

Die Arbeit als Privatdozent für Chirurgie in Dorpat wird durch eine kriegschirurgische Tätigkeit auf dem deutsch-österreichischen Kriegsschauplatz von 1866 unterbrochen. Er hat das große Glück, unter dem bekannten Königsberger Chirurgen Wagner arbeiten zu können. Man erkennt aus seinen Briefen, wie schlimm es damals — auch bei den geordneten deutschen Verhältnissen — noch um die Versorgung der Verwundeten und Kranken bestellt war, und wie es einer solchen Kraft, wie Bergmann, erst ganz allmählich möglich war, sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden und einigermaßen günstige Bedingungen für seine Arbeit zu finden.

1870/71 finden wir Bergmann wieder auf dem Kriegsschauplatz, diesmal in leitender Stellung, wo er die im vorigen Kriege gemachten Erfahrungen verwertet und ausbaut. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem

berühmtesten Chirurgen seiner Zeit, Billroth aus Wien, haben ihren nachhaltigen Eindruck auf ihn nicht verfehlt. In Billroths chirurgischen Briefen aus den Kriegslazaretten heißt es, „Bergmann wäre unzweifelhaft der Hervorragendste an wissenschaftlichen Leistungen unter allen russischen (!) Chirurgen, ganz deutsch an Wissen und Können und ihm durch seine Arbeiten wohlbekannt“.

Nach dem deutsch-französischen Krieg beginnt Bergmanns segensreiche Tätigkeit in Dorpat. Nach Ausbau der chirurgischen Universitätsklinik auf dem Dom und ihrer Modernisierung geht Bergmann mit Feuereifer an seine praktische und wissenschaftliche Arbeit. Berufungen nach Freiburg, Bern und Kiew lehnt er ab, weil er es für seine Pflicht dem Lande gegenüber hält, seine ganze Arbeitskraft in ihren Dienst zu stellen.

Ein hervorragender Lehrer, der von seinen Assistenten, aber auch von sich selbst enorm viel verlangt, beherrscht er das Wort wie kaum ein zweiter. „Von flammender Begeisterung für die Wissenschaft getragen, in klarster Beherrschung des Gegenstandes, floss seine edelgeformte, klangvolle Sprache in vollem Strom dahin, oft sich zu schönem Pathos erhebend, an rechter Stelle des zierlichen Humors nicht entbehrend“.

In seinem Vortrag zeigte er sich auf der Höhe seiner Gaben. Immer ging er davon aus, den Hörer oder Leser zu überzeugen, eine Gefolgschaft zu werben, die ihm helfen sollte, eine Idee, die ihn gerade beschäftigte, durchzusetzen — eine wahre Führernatur.

Seine Dörptschen Schüler sind alle geschickte Chirurgen geworden: so die späteren Professoren v. Reyher, Dohnberg, Eiling u. a. In diese Zeit fällt auch eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, unter anderen die „Lehre von den Kopfverletzungen“, ein Lieblingsgebiet von Bergmann, dem er bis ans Ende treu geblieben ist.

Enge Freundschaft verband Bergmann während seiner Dörptschen Professorenzeit mit dem pathologischen Anatomen Arthur Voettker und dem Estländer Alexander Schmidt (wegen seiner bahnbrechenden Forschungen auf dem Gebiet der Physiologie des Blutes der „Blutschmidt“ genannt). Der Nachwelt haben sich manche Geschichten aus der Arbeit und dem frohen Zusammensein dieses berühmten Trios erhalten.

Im Türkenkriege sehen wir Bergmann als Konsultant-Chirurgen wieder an der Kriegsfrente und in unermüdlicher Arbeit, umgeben von zahlreichen, von ihm lernenden russischen Chirurgen und unterstützt von eigenen Dörptschen Assistenten und von seinem Freunde Carl Fowelin, Divisionsarzt der Petersburger Garde.

Einen gewaltigen Fortschritt erlebt die Kriegschirurgie hier durch Berg-

mann, welchem Tausende von Verwundeten das Leben verdanken. Er lehrte, auf seinen reichen Erfahrungen bauend, daß es im Felde auf dem ersten Verbandspfad unmöglich sei, alles so rein und steril zu halten, wie in einer geschlossenen Klinik. Man dürfe daher auch nicht mit Sonden die Kugel in den frischen Wunden suchen, sondern müsse deren Ausstoßung oder operative Entfernung auf spätere Zeit verschieben. Er verlangte nur eine Reinigung der Wundumgebung, einen passenden festen Verband und völlige Ruhigstellung. Dies alles ganz besonders bei den Kniegelenkschüssen, die in früheren Kriegen fast alle an Pyämie (Blutvergiftung) zugrunde gegangen waren, und von denen mit dieser konservativen Methode der größte Teil gerettet werden konnte. Er ist in seinen Ansichten auf Opposition der russischen Chirurgen gestoßen, durch die er sich jedoch nie beeindruckt ließ.

Glänzend aber drang seine Ansicht durch, als er den bekannten russischen Feldherrn General Dragomirov, der eine Schußverletzung des Kniegelenks erlitten hatte, in dieser Weise behandelte und der General vollständig wieder hergestellt werden konnte.

Schon am Schluß des Türkentrieges wird es immer deutlicher, wie Bergmann, dessen erste Arbeiten sich schon mit dem Kampf des Organismus gegen die in denselben eindringende Infektion beschäftigten, allmählich seine neue Heilmethode ausbaut: es gilt viel weniger lokal den in den Körper eingedrungenen Feind zu bekämpfen und zu beruhigen, als alles Schädliche von dem erkrankten Teil fernzuhalten, den Organismus selbst zur Ruhe kommen zu lassen und zu stärken. Das ist der Übergang von der Antisepsis zu der heute bestehenden Asepsis.

Noch auf dem türkischen Kriegsschauplatz erhielt Bergmann seine Berufung nach Würzburg. Er nahm sie jetzt an und entschied sich damit endgültig für Deutschland, so schwer der Abschied von Dorpat und von seiner an Erfolgen so reichen Tätigkeit auf dem Kriegsschauplatz auch war. Auch von Würzburg aus veröffentlicht er eine Reihe von wertvollen Arbeiten, welche zum großen Teil die Ausarbeitungen von in Dorpat angefangenen Themen und deren endgültigen Abschluß darstellen.

Würzburg wurde für ihn zum Sprungbrett nach Berlin. Vom genialen Langenbeck, dem damaligen Berliner Chirurgen, dazu aufgefordert, hat Bergmann den Ruf angenommen und rückte damit auf den höchsten und verantwortungsvollsten Chirurgenposten des Deutschen Reiches.

Gleich groß war sein Ruf als Forscher und Arzt wie als Lehrer. So schreibt später sein berühmter Schüler Carl Ludwig Schleich über ihn: „Er war ein großer Meister und großer Mensch, einer von den ganz wenigen, die imstande sind, die flammenden Sehnsucht ihrer Jugend bis in ein gesegnetes

Alter zu erfüllen. Was seiner edlen Natur zu erreichen war, hat er beglückt und dankbar erreicht." Und weiter: „Wie Moltke, die Ideen des großen Friedrich und Napoleons verschmelzend, einer Armee die Mittel aufzwang, zu siegen durch Manöverübungen und den vielverschrienen preußischen Drill, der uns doch ein Vaterland zusammenschweißte, so verstand Bergmann, das Überlieferte, das genialisch Verstreute zu fundamentieren und mit allen Mitteln des Diktators aufzuzwingen“ . . .

So konnte die Klinik in der Siegesstraße in Berlin die Kraftquelle werden, von der aus die Chirurgie der ganzen Welt Licht und Arbeitsstoff bezog.

Mit das schwerste Erlebnis in seiner ärztlichen Tätigkeit ist die Krankheit Kaiser Friedrichs, wo der ärztlichen Kunst eines Bergmann, Gerhardt und anderer deutscher Ärzte haltgebotten und dem englischen Arzte Sir Morell Mackenzie mehr vertraut wurde. Unendlichen Anfeindungen und Verdächtigungen ist Bergmann in dieser Zeit ausgesetzt worden, die er mit Würde über sich hat ergehen lassen. Das tragische Ende des Kaisers hat Bergmann, der das gefährliche Leiden sogleich als Kehlkopfkrebs erkannt hatte und für dessen sofortige Operation eintrat, nur zu Recht gegeben.

Bergmann wurde ungeachtet der erlittenen bitteren Kränkungen bald der populärste Arzt Berlins. Hoch und Niedrig strömte zu ihm aus allen Ländern. Besondere Treue bewahrte er seinen baltischen Landsleuten. Nach Rußland und Riga hatte ihn mehrfach sein Weg geführt, und überall scharten sich alte Freunde und Bewunderer um den großen Meister. Er war, wie einmal von ihm gesagt wurde, „Der Consiliarius Europas“ geworden. —

Unendlich viel hat ihm die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie zu danken. Er schuf ihr als bleibendes Heim das „Langenbeck-Birchow-Haus“ in Berlin. Mit Ehren überhäuft wurde er in Deutschland wie im Auslande; so wurde er zum lebenslänglichen Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannt, Generalarzt, Ehrenmitglied der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften, Ehrenmitglied des berühmten Royal College of Surgeons of England, und der verschiedensten wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereine.

Am 25. März 1907 ist der deutsche Meister der Chirurgie in Wiesbaden entschlafen. In die Familienchronik seines Sohnes schrieb er einmal das Wort: „Das Leben soll nicht ein Mittel zum eignen Glück, sondern eine Aufgabe zum Wohle anderer sein“. Es ist der Leitsatz über dem Leben dieses großen deutschen Arztes gewesen.

Politische Chronik

Lettland

Lettlands Neutralität.

Der 1. September brachte den Beginn kriegerischer Auseinandersetzungen Deutschlands mit Polen. Um noch einmal in entscheidender Stunde vor aller Welt den Willen zur absoluten Heraushaltung aus den Konflikten anderer kundzutun, erließ Staatspräsident Ulmanis nachstehende Erklärung:

„1. Ich verkünde, daß Lettland im Kriege, der zwischen auswärtigen Mächten ausgebrochen ist, strenge Neutralität wahren wird;

2. Auf Grund des Gesetzes über die Neutralitätsbestimmungen beschließe ich, daß die in diesem Gesetz aufgeführten Bestimmungen ab 1. September 1939 allen kriegsführenden Staaten gegenüber anzuwenden sind.“

Zu dieser lettländischen Neutralitätsdeklaration wurde gleichzeitig von maßgeblicher Seite mitgeteilt: „Die Deklaration des Staatspräsidenten über die Neutralität Lettlands... wurde in Übereinstimmung mit Estland und Litauen unterzeichnet. Da den der lettländischen Regierung zur Verfügung stehenden Nachrichten zufolge zwischen Polen und Deutschland der Kriegszustand besteht, so ergibt sich, daß Lettland im Hinblick darauf, gemäß seiner schon wiederholt deklarierten außenpolitischen Haltung strenge Neutralität wahren wird. Es ist sehr möglich, daß die Zahl der kriegsführenden Staaten sich... vergrößert. Auch in einem solchen Falle ist die lettländische Deklaration anzuwenden. Die lettländischen Neutralitätsbestimmungen... beziehen sich hauptsächlich auf den Schutz der Neutralität zu Lande, auf See und in der Luft. Falls der Kriegszustand andauern sollte, werden voraussichtlich schrittweise noch andere Bestimmungen zur Aufrechterhaltung und zum Schutz der Neutralität erlassen werden.“

Am selben Tage nahm das lettländische Ministerkabinett ein Gesetz über die Hoheitsgewässer Lettlands an, da bisher die Hoheitszone Lettlands längs der Seegrenze gesetzlich nicht festgelegt war. Mit Rücksicht auf die zwischenstaatliche Lage erachtete die Regierung es für notwendig, für Lettland — in Übereinstimmung mit dem entsprechenden estländischen Gesetz — eine 4-Seemeilenzone festzusetzen.

Der 3. September brachte die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an das Deutsche Reich. Da die Lage sich hierdurch wesentlich verschärft hatte, erließ die lettländische Regierung am selben Tage an die gesamte Bevölkerung des Landes einen Aufruf, in welchem es u. a. hieß: „Der bewaffnete Konflikt, der zwischen Polen und Deutschland entbrannt

ist, breitet sich aus. Mit diesem Tage ist der Krieg auch zwischen England und Deutschland und Frankreich und Deutschland ausgebrochen. Auch unter den gegebenen Umständen ist die Politik Lettlands streng neutral, wie dies der Staatspräsident durch seine Deklaration vom 1. September bestimmt hat. In diesem Augenblick der Erregung wendet sich die Regierung an alle Bürger mit der flammenden Aufforderung, einmütig und bewußt die vom Staatspräsidenten festgelegte Neutralitätspolitik, welche die Regierung auf allen ihren Tätigkeitsgebieten beobachten wird, zu unterstützen. Ruhig und würdig, ohne sich von Gefühlen hinreißen und von einer Panik erfassen zu lassen, wird das ganze Volk seine Arbeit fortsetzen und alle jene Schwierigkeiten und Einschränkungen überwinden, die der Krieg zwischen auswärtigen Mächten auch unserem Lande bringen könnte.“

Gleichzeitig traf die Regierung eine Reihe wichtiger Maßnahmen im Hinblick auf ein störungsfreies Funktionieren des Wirtschaftslebens. Für Warenhamsterung wurden strenge Strafen vorgesehen. Dem Spekulantentum wurde der Kampf angesagt.

Am Tage darauf empfing Außenminister Munters den Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches v. Roze, um mit diesem eine Reihe aktueller Fragen zu erörtern. Im Verlauf dieser Unterredung berührte Minister Munters die in einem Teil der ausländischen Presse im Zusammenhang mit dem deutsch-fovetrussischen Nichtangriffspakt verbreiteten Gerüchte, denen zufolge dieser Pakt angeblich auch auf die Baltischen Staaten Bezug nehme. Minister Munters erkundigte sich gleichzeitig nach dem Inhalt der vom Deutschen Reiche einer Reihe von europäischen Staaten abgegebenen Erklärungen über die Respektierung der Neutralität dieser Staaten. Minister v. Roze erklärte daraufhin im Namen seiner Regierung, daß den Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland der am 7. Juni d. J. abgeschlossene Nichtangriffspakt zugrunde liege und das Deutsche Reich selbstverständlich keinerlei andere Abmachungen getroffen habe, die zu diesem Vertrage im Widerspruch stehen. Es erübrige sich daher, noch eine besondere Erklärung über die Respektierung der Neutralität Lettlands abzugeben.

Jeder neue Tag brachte neue Maßnahmen der Regierung. Diese erstreckten sich zunächst vor allem auf den Schutz des lettländischen Außenhandels und der lettländischen Schifffahrt. So wurde u. a. die Verbreitung von Nachrichten über Fahrtrouten bezw. Aufenthaltsorte lettländischer Schiffe strengstens verboten. Weiter wurden sämtliche Zeitscharter-Verträge aufgehoben, sofern deren Erfüllung noch nicht begonnen hatte oder die betreffenden Schiffe sich in lettländischen Hoheitsgewässern befanden.

Einen Tag später erließ der Finanzminister weitere einschneidende Verfügungen. So wurde in erster Linie der gesamte Außenhandel Lettlands der Kontrolle des staatlichen Außenhandelsdepartements unterstellt. Ein besonderes Verzeichnis untersagt die Ausfuhr von Steinkohle, Koks, Eisen, Baumwolle, Rohgummi, Brennstoffen und Schmierölen. Auch wurde eine sofortige Registrierung aller Koks-, Benzin- und Ölvräte angeordnet. Über die weitere Verwendung solcher Vorräte bestimmt das Finanzministerium.

Neben den Maßnahmen wirtschaftlicher Natur waren es noch einige andere, die mit dazu dienen sollten, das staatliche Leben in einer Zeit schwerer Auseinandersetzungen in nächster Nachbarschaft von allen gefährdenden und unsicheren Elementen zu bereinigen. So beschloß die Regierung, alle in der letzten Zeit nach illegalem Grenzübertritt in Lettland aufgetauchten Ausländer bzw. Staatenlose in eigens zu diesem Zweck einzurichtenden Zwangsarbeitslagern unterzubringen. Eine weitere wesentliche Maßnahme zur innenpolitischen Beruhigung bestand darin, daß die Presse des Landes in ständige Fühlungnahme mit amtlichen Stellen trat, welche dafür Sorge trugen, daß der neutrale Standpunkt Lettlands auch im Zeitungsweisen seinen entsprechenden Ausdruck zu finden hat.

10 Jahre Jungscharen.

Zu Beginn des September fand anlässlich der 10-jährigen Gründungsfeier der sog. „Maspulki“ (Jungscharen) in Riga ein Jugendtreffen statt, das in diesen Ausmaßen für Lettland erstmalig gelten konnte. Die Jungscharen wurden im Jahre 1929 vom jetzigen Staatsführer Ulmanis ins Leben gerufen und erlebten einen schnellen Aufstieg, insbesondere seit dem Jahre 1934, das bekanntlich Lettland die autoritäre Regierung brachte. Die tragende Idee dieser Jugendorganisation ist die Bekämpfung der Landflucht und die Erziehung zur Bodenständigkeit. Sie hat sich zur größten Jugendorganisation des Landes entwickelt (über 40 000 Mitglieder), und neben den genannten Zielen und einer neu hinzugekommenen militärischen Erziehung sind es auch kulturelle Aufgaben, die von den Jungscharen übernommen wurden. Im Vordergrund stehen dabei die Pflege atletischer Bräuche und Sitten, die heimatliche Forschung sowie die Ahnenforschung. Rund 20 000 Knaben und Mädchen versammelten sich in der Staatshauptstadt, wo sie nach einer Reihe von Veranstaltungen am Staatspräsidenten vorbeimarschierten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich der Nachwuchs der Schutzwehrorganisationen in erster Linie aus den Angehörigen der Jungscharen rekrutiert, womit eine wesentliche Aufgabe dieser Organisation gekennzeichnet ist.

20 Jahre lettländische Kriegsflotte.

Am 1. August waren es 20 Jahre her, daß durch Befehl des damaligen lettländischen Armeeeoberbefehlshabers bei dessen Stab eine Marineabteilung begründet wurde. Dieser Stelle unterstanden alle mit dem Kriegseewesen zusammenhängenden Fragen, insbesondere die Schaffung einer selbständigen lettländischen Kriegsflotte. Eine solche ist denn aus kleinsten Anfängen — die ersten lettländischen Kriegsschiffe waren notdürftig bewaffnete Schlepper — entstanden. Das erste vollwertige Kriegsschiff war bekanntlich ein 1918 an der Daugawa-Mündung gesunkenes deutsches Minensuchboot, welches kurz nach Kriegsende auf Veranlassung eben dieser Marineabteilung gehoben, einer gründlichen Remonte unterzogen und als Flaggschiff der entstehenden lettländischen Kriegsflotte in Dienst gestellt wurde. Unterdessen war die Marineabteilung bereits zu einer Marineverwaltung umgestaltet worden. Aber auch diese Institution wurde aufgelöst und durch einen Offizier für besondere Aufgaben ersetzt, dem alle Marinefragen unterstanden. Für diesen Posten wurde der damalige Kapitän z. See, spätere Admiral Graf Reysersling ausersehen. In den Jahren 1926—27 erhielt die junge Flotte Zuwachs durch zwei in Frankreich gebaute Unterseeboote und zwei Minentrawler. Zu Beginn waren diese Schiffe in einem Küstenschutz-Geschwader, später in einem Geschwader zusammengefaßt. Dieses Geschwader wurde durch eine Reihe von kleineren Hilfschiffen ergänzt und erhielt im Jahre 1938 die Bezeichnung der Kriegsflotte Lettlands. Der jetzige Kommandeur der Kriegsflotte, Admiral E. Spahde, wurde im Jahre 1931 auf diesen Posten als Nachfolger Graf Reyserslings berufen.

Der 10. August gestaltete sich zu einem feierlichen Gedenktag, an dem neben dem Kriegsminister, General Valodis, die führenden Persönlichkeiten aus Armee, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teilnahmen. In einer Ansprache an die Angehörigen der Marine sagte Kriegsminister Valodis u. a.: „Ich hoffe, daß ihr in Zukunft noch mehr Gelegenheit haben werdet, fremde Länder zu sehen und zu beobachten.“ Im weiteren Verlauf seiner Ansprache gedachte der Kriegsminister auch Admiral Reyserslings, dem große Verdienste um die lettländische Kriegsflotte zukämen.

Eröffnung eines Volkshauses der Liven.

In Masirbe wurde zu Beginn des vorigen Monats ein „Volkshaus der Liven“ unter Teilnahme von Regierungsvertretern Lettlands, Estlands, Finnlands und Ungarns eröffnet. Mit dieser Feier ging ein alter Wunsch der heute noch geschlossenen siedelnden Liven in Erfüllung, die mit einer

Kopffzahl von rund 900 den im Aussterben begriffenen Rest des alten ugrofinnischen Livenvolkes darstellen, das seinerzeit einer ganzen Landschaft ihren Namen gab. Die Mittel zum Bau des erwähnten Hauses stammen aus Quellen jener Länder, die zur Eröffnung ihre Vertreter entsandt hatten. Lettland hat insofern Interesse an der Erhaltung der Liven, als die Letten im Laufe der Zeiten mit den Liven nahe verwandt wurden. Auch ist der livische Blutsanteil im lettischen Volke sicher nicht gering.

Die Tätigkeit der Lettländischen Kreditbank im Jahre 1938.

Über die Rolle der Lettländischen Kreditbank in der Gesamtwirtschaft Lettlands sprach der Präsident der lettländischen Handels- und Industriekammer A. Behrsinsch zur Presse der Stadt Riga. Er stellte dabei fest, daß der Umsatz der Bank im Berichtsjahr 1938 von 1693 Millionen Lats im Vorjahre auf 2075 Millionen Lats gestiegen war. Dieses hänge damit zusammen, daß die Bank sich mehr und mehr der neugeordneten Wirtschaft Lettlands angepaßt und ihr Augenmerk auf einen weiteren Ausbau der direkten Bankoperationen gerichtet habe. Sehr bezeichnend war die Feststellung, daß die Zunahme der gesamten Spareinlagen für alle 7 Aktien-Kommerzbanken Lettlands im Betrage von 6,7 Millionen Lats allein von der Lettländischen Kreditbank gestellt wird. Das Jahr 1938 hat der Bank einen besonderen Auftrag der Regierung gebracht — die Durchführung der Umschuldung der Staatsbeamten Lettlands. Nach erfolgreichem Abschluß dieser Aufgabe übertrug der Staat dann der Bank auch die Umschuldung der Selbstverwaltungsbeamten, dann die den lettländischen Kammern unterstellten Beamten. Eine weitere Aufgabe erwuchs der Bank durch den Auftrag der Regierung betr. Ausreichung von Darlehn an Lernende höherer Lehranstalten.

Zum Ausbau der nationalen Wirtschaft Lettlands hat die Bank eine Reihe großer Unternehmen erworben oder gegründet. Auch eine Eisenbahn ist mit Hilfe der Bank aus privatem Besitz in den des Staates übergegangen. Die Gesamtsumme, mit welcher die Bank an den einzelnen Unternehmen der nationalen Wirtschaft beteiligt ist, beträgt etwa 33 Millionen Lats! Zu den besonderen Aufgaben gehört die Förderung des Bauwesens, welchem etwa 8 Millionen Lats zur Verfügung gestellt wurden. Ein besonderer Auftrag lag in der Liquidation solcher Unternehmen, die von der Regierung für nicht lebensfähig gehalten werden, bzw. ihre Lebensfähigkeit nach Auffassung der Regierung nicht nachgewiesen haben, oder auch den staatlichen Interessen schaden. Ferner gehörte der Neuaufbau des Genossenschaftswesens zu den Aufgaben der Bank.

Lettland auf der Königsberger Ostmesse.

Wie alljährlich, so nahm auch diesmal Lettland als ältester ausländischer Aussteller an der Königsberger Ostmesse teil. Bei dieser Gelegenheit konnte festgestellt werden, daß vom Jahre 1933 bis zum Jahre 1938 der Handel Deutschlands mit Lettland um rund 143 v. H. gestiegen ist. Die „Rigasche Rundschau“ hatte eine Messe-Sondernummer herausgebracht. Auch die Königsberger Blätter widmeten der lettländischen Wirtschaft, Kultur und Landschaft viel Raum, so insbesondere die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, die einen ausführlichen Aufsatz über die Stadt Riga brachte, worin Vergangenheit und Gegenwart einer Würdigung unterzogen wurden.

Landwirtschaftsminister Birsnicks in Moskau.

Einer offiziellen Aufforderung Folge leistend, hatte sich Landwirtschaftsminister Birsnicks zur großen landwirtschaftlichen Ausstellung nach Moskau begeben, über die er sich nach seiner Rückkehr sehr günstig äußerte. Den Ausführungen des Ministers zufolge wird in der Sowetunion sehr aktiv an den verschiedensten Fragen landwirtschaftlichen Charakters gearbeitet. Sowohl er als auch die ihn begleitenden führenden Persönlichkeiten des lettländischen Wirtschaftslebens hatten den Eindruck, daß das Führerprinzip überall durchgeführt werde. Auch sei zu unterstreichen, daß überall das Bestreben zu bemerken ist, strengste Arbeitsdisziplin durchzusetzen. Gelegentlich des Besuches sei auch die Frage einer möglichen Erweiterung des gegenseitigen Warenaustausches zwischen Lettland und der Sowetunion besprochen worden. Er habe eine sehr begrüßenswerte persönliche Fühlungnahme der beiderseitigen Wirtschaftskreise und entsprechenden Behörden gebracht.

Zentralisierte Registrierung von Arbeitskräften.

Die bereits vor einiger Zeit staatlicherseits verfügte Registrierung aller Absolventen von Grund-, Mittel- oder Gewerbeschulen bis 21 Jahren, die nicht die Absicht haben, ihren Bildungsgang fortzusetzen, lief am 1. August ab. Diese Maßnahme steht in engstem Zusammenhang mit den Bestrebungen des Staates, eine planvolle Lenkung freier Arbeitskräfte selbst in die Hand zu nehmen. Dadurch sollen alle Arbeitsenergien des Landes zweckmäßige Verwendung finden, um die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte, die zwangsläufig große Summen verdienen und außer Landes bringen, unnötig zu machen. Die Behörden sind der Überzeugung, daß ein überlegter und zentral gelenkter Einsatz aller freien Arbeitskräfte des Landes dieses Problem leichter lösen würde. Bereits während der Schul-

zeit soll daher entsprechend auf die lernende Jugend eingewirkt werden, damit nicht unnötig Zeit bis zum Einsatz am richtigen Arbeitsplatz verstreicht.

D. Karl Keller †.

Am 1. August starb in hohem Alter D. Karl Keller, dessen Namen unvergesslich mit dem Aufbau des deutschen Bildungswesen in Lettland verknüpft bleibt. Bis in das Patriarchenalter bewahrte er sich ein warmes Interesse an der deutschen Jugend und Jugendarbeit, deren großen Aufschwung er in den letzten Jahren noch miterleben durfte.

Estland

Estlands Stellungnahme zum deutsch-russischen Nichtangriffspakt.

Der deutsch-russische Nichtangriffspakt ist in Estland im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen worden, weil man der Auffassung ist, daß mit ihm die bisher durch den deutsch-russischen Gegensatz bedingte Spannung im Baltischen Raum nachgelassen habe. Diese Ansicht vertritt nicht nur die estnische Presse, sondern auch hochgestellte Personen der estnischen Öffentlichkeit bis hinauf zu Ministern haben sich immer wieder dahin geäußert, so z. B. der Propagandaminister Oidermaa in einer Rede anlässlich der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Reval.

Im übrigen kam der Abschluß dieses Vertrages den Esten genau so überraschend, wie der ganzen Welt. Das der Regierung nahe stehende „Luz Eesti“ schrieb in seiner Wertung des Vertrages, daß Rußland daraufhin keinen Grund mehr haben werde, einen gegen sich gerichteten deutschen Angriff über das Territorium der Baltischen Staaten zu befürchten. Und weiter stellte das Blatt fest, daß der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages eine Rechtfertigung der von Estland in den letzten Jahren betriebenen Außenpolitik darstelle. Denn der von Estland rechtzeitig vorgenommene Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit dem Deutschen Reich habe zur Folge gehabt, daß bei den Beratungen über den Ausbruch eines Nichtangriffspaktes zwischen Berlin und Moskau über Estland nicht mehr gesprochen zu werden brauchte.

Neben den positiven Bewertungen des deutsch-russischen Vertrages kam aber in den Spalten der estnischen Presse doch auch ein gewisses Mißtrauen zum Ausdruck. So schrieb z. B. das „Päevaleht“, daß durch den Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes Moskaus Angst vor einem deut-

schen Angriff über das Territorium der Baltischen Staaten zwar beseitigt sein dürfte, daß aber durch den Pakt etwaige imperialistische Ziele Rußlands in bezug auf die Baltischen Staaten keineswegs aufgegeben zu sein brauchen; deutscherseits könne dabei eine Neutralitätszusage für den Konfliktfall gegeben sein. Ganz im allgemeinen müsse eben festgestellt werden, daß eine Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland für die Baltischen Staaten wegen eines möglichen Konfliktes gefährlich sei, doch müßten auch bei der deutsch-russischen Annäherung die Baltischen Staaten auf der Hut sein.

Estland bleibt streng neutral.

Am 1. September hat der estnische Staatspräsident eine Deklaration unterzeichnet, die am folgenden Tage sämtlichen in Reval anwesenden Vertretern der auswärtigen Staaten durch das estnische Außenministerium übergeben wurde. Die Deklaration besagt, daß Estland in dem zwischen ausländischen Staaten ausgebrochenen Kriege streng neutral bleiben werde, und daß dementsprechend ab 1. September die Vorschriften des estnischen Neutralitätsgesetzes allen Staaten gegenüber zur Anwendung kommen. Die estnische Presse brachte eine Reihe von Artikeln, in denen die Bedeutung der Neutralität Estlands eingehend erörtert wurde. U. a. schrieb der Dorpater „Postimees“, daß die estnische Neutralität zur Folge hätte, daß die Esten sich auch einer neutralen Denkweise zu befleißigen hätten und ständig dessen eingedenk sein müßten, daß sie diesmal, anders wie im letzten Weltkriege, nicht zu einer der kriegführenden Parteien gehören. In einer derartigen Lage seien die Esten seit der Erringung ihrer staatlichen Selbstständigkeit zum ersten Male, doch könne man dessen wohl sicher sein, daß das estnische Volk auch diese Probe bestehen werde.

Der neutralen politischen Haltung Estlands entsprechend ist die estnische Presse in ihren Artikeln offensichtlich bemüht, für keine der kämpfenden Parteien Stellung zu nehmen. So hat sogar das an sich ausgesprochen deutschfeindliche „Päevaleht“ in der letzten Zeit neben seinen aus der Feder englischer Staatsmänner stammenden und demgemäß einseitig englisch und antideutsch eingestellten Leitartikeln auch solche aus deutscher Feder, nämlich von dem ehemaligen deutschen Staatssekretär von Rheinbaben gebracht, in welchen der deutsche Standpunkt vertreten wurde. Natürlich können die Blätter in den Überschriften usw. ihre Sympathien und Antipathien nicht verbergen und wollen es vielleicht auch nicht völlig. Dennoch ist festzustellen, daß auch von Seiten der Presse der offiziellen estnischen Neutralitätspolitik Rechnung getragen wird.

Schutzzustand verlängert.

Der am 12. September abgelaufene Schutzzustand wurde auf ein weiteres Jahr verlängert, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß diese Verlängerung durch den europäischen Krieg bedingt sei. Denn der Krieg zwischen auswärtigen Staaten verlange auch von Estland eine außerordentliche Wachsamkeit, um alles zu verhindern, was unter dem Einfluß der außenpolitischen Ereignisse die Neutralität und die Sicherheit des estnischen Staates gefährden könne.

Wieder Visenzwang.

Im Zusammenhang mit dem europäischen Kriege hat Estland die seit längerer Zeit für die Bürger einer Reihe von Staaten (Lettland, Finnland, Italien, Deutschland, Holland, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Liechtenstein, Litauen und Japan) gewährte visafreie Einreise wieder aufgehoben, mit Ausnahme der Bürger Lettlands und Finnlands, die auch weiter ohne Sichtvermerk nach Estland einreisen können. Da alle Vereinbarungen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges auf Gegenseitigkeit beruhten, benötigen auch die estnischen Staatsbürger für die Einreise in die betr. Staaten wieder einen Sichtvermerk.

Ausfuhrkontrolle.

Im Zusammenhang mit dem europäischen Kriege hat der Staatspräsident auf dem Dekretwege ein Gesetz erlassen, nach welchem die Staatsregierung das Recht erhalten hat, nach Maßgabe staatlicher und volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten Verordnungen über die Regelung der Warenausfuhr zu erlassen, d. h. insbesondere die Ausfuhr bestimmter Warengattungen zu verbieten oder an eine besondere Erlaubnis des Wirtschaftsministers zu knüpfen.

Außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Schifffahrt.

Der Staatspräsident hat auf dem Dekretwege ein Gesetz erlassen, nach welchem der Wirtschaftsminister auf dem Gebiete der Schifffahrt außerordentliche Vollmachten erhalten hat. U. a. hat der Wirtschaftsminister das Recht, die Schifffahrtsstraßen für die estländische Schifffahrt, sowie für einzelne Schiffe festzusetzen. Zur Aufrechterhaltung ständiger Schifffahrtslinien zwischen estländischen und ausländischen Häfen ist von jetzt ab die Erlaubnis des Wirtschaftsministers erforderlich. Ferner kann estländischen Schiffen das Anlaufen von Häfen derjenigen Staaten verboten werden, wo Schiffe festgehalten oder zwangsweise in Nutzung genommen werden. Der Trans-

port bestimmter Waren kann den Schiffseigentümern zur Pflicht gemacht werden. Wenn über die Höhe des Frachtfahes keine Einigung erzielt werden kann, wird er durch eine Kommission festgesetzt.

Anmeldepflicht für Auslandsforderungen und Auslandsschulden.

Die Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher alle Personen und Institutionen, einschließlich der estländischen Abteilungen ausländischer Unternehmen, bis spätestens 20. September der Eesti-Bank alle ihre ausländischen Gläubiger und Schuldner aufgeben müssen. Anzugeben sind dabei auch die Höhe der Forderung resp. der Schuld und verschiedene andere Daten. Im Falle, daß die ausländischen Forderungen oder Schulden insgesamt 500 Kronen nicht übersteigen, fällt die Meldepflicht fort. Neuentstehende Auslandsforderungen oder Schulden sind von jetzt ab im Laufe einer Woche der Eesti-Bank zu melden.

Im Motivenbericht zu der Verordnung war gesagt, daß augenblicklich der zwischenstaatliche Wirtschaftsverkehr gestört sei. Daher sei es unbedingt erforderlich, die aus den früheren Wirtschaftsbeziehungen herstammenden Auslandsforderungen und Auslandsschulden zu liquidieren, um die im Auslande befindlichen, der estländischen Volkswirtschaft gehörenden Kapitalien sicher zu stellen.

Estonische Abordnung auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau.

Zu der im August in Moskau stattgehabten großen allrussischen landwirtschaftlichen Ausstellung hatten auch der estnische Landwirtschaftsminister Tupits, sowie eine Reihe führender Personen der estnischen Landwirtschaft Einladungen erhalten. Die Urteile über die Moskauer Ausstellung fielen bei der Rückkehr nach Estland durchweg günstig aus.

Dorpat, den 10. September 1939.

Leo v. Middendorff.

Kleine Beiträge

Georg Engelbert Graf

Die Ostsee in der europäischen Dynamik

In ihren Grundzügen ist die Geschichte Europas bestimmt durch die geographische Tatsache, daß der Kontinentalkloß der alten Welt im Norden und Süden durch ein westöstlich gerichtetes, tief einschneidendes System von Mittel- und Nebenmeeren zerlappt und in eine Anzahl von Inseln und Halbinseln aufgelöst wird; dank dieser überreichen horizontalen Gliederung wird Europa überhaupt erst zu einem besonderen Festlandsindividuum. Entfaltete sich im Süden rund um das Mitteländische Meer die griechisch-römische Welt, so wurden die Küsten des nördlichen Mittelmeers, der Nord- und Ostsee, Ursprungs- und wesentlichstes Betätigungsfeld der germanischen Völker.

Das wichtigere Gebiet mag nun heute zwar handelspolitisch — und zeitweise auch außenpolitisch — die Nordsee sein; für die Anfänge und die Entwicklung der germanischen Kultur ist der Ostseeraum ungleich bedeutungsvoller. Selbst wo hier nichtgermanische Völker im Osten und für kürzere Zeit auch im Süden bis an die Ostseeküste heranreichten, sie mußten sich da stets der höheren germanischen Kultur beugen. Für die Normannen war die Ostsee ebenso die Schule der Hochseeschifffahrt wie einige Jahrhunderte später für die Hanse. Selbst die vielberühmten Phönizier können sich mit den abenteuerlichen Fahrten der nordischen Wikinger und Waräger bei weitem nicht messen. Zu Wasser erschienen die Nordmänner in Seine und Rhein, Weser und Elbe, Oder und Weichsel; auf ihren Drachenbooten kamen sie von der Ostsee bis ins Schwarze und Rappische Meer und blieben Schiffs-

leute, auch wenn sie sich in dem großen russischen Binnenraum als Handelsleute und Staatengründer betätigten.

Die geologische Gestalt

Im Gegensatz zum Süden, wo das Mitteländische Meer mit seinen ozeanischen Tiefen als ein Teil des Atlantik angesehen werden muß, sind Nord- und Ostsee erst in der jüngsten geologischen Vergangenheit vom Meere überflutete Randzonen des Festlandes; nur vereinzelt erreicht das Meer hier Tiefen über hundert Meter. Als im Süden bereits die Morgenröthe der geschichtlichen Zeit heraufzog, war die Ostsee im Norden noch ein großer Süßwasser-Binnensee, der erst verhältnismäßig spät durch den Sund und die beiden Vette Auswege nach der Nordsee hin erhielt. Zwar gibt es im Norden keine tätigen Vulkane wie im Mitteländischen Meere; jedoch sind auch hier die Gewalten der Tiefe durchaus nicht erstorben; sie wirken auch an den Küsten der Ostsee in Verbindung mit Wind und Wellen umgestaltend auf Verlauf und Formen.

Als mit dem Abschluß der Eiszeit der Norden Europas von dem Druck der eiszeitlichen Gletscher allmählich und ist auch heute noch nördlich etwa einer Linie von Göteborg über Gotland nach Riga in dauernder Hebung begriffen; in der Gegend von Stockholm macht diese Hebung rund einen halben Meter im Jahrhundert aus, weiter nördlich einen Meter und mehr. Das bedeutet ein ständiges, ganz erkleckliches Zurückweichen des Meeres, einen recht beträchtlichen Landgewinn und überall im Norden unausgeglichenen Flußläufe mit zahlreichen Wasserfällen und Stromschnellen; Finnland allein weist deren anderthalbtausend auf.

Zwischen Finnland und Schweden erstreckt sich ein buckliger Granitsockel quer durch die Ostsee; wo er — und alljährlich in stärkerem Maße — über das Wasser emporragt, scheint eine Riesensaar von Inseln und Inselchen aufgegangen zu sein. Das sind die Ålandsinseln, über 20 000 sind ihres heute schon an der Zahl, auf einer Gesamtfläche von 6000 Quadratkilometern, ungezählt die kleinsten, erst in jüngster Zeit aufgetauchten Miniatureilande, nicht größer als eine Stube oder ein Billengrundstück und die noch zahlreichen heimtückischen Riffe, die in nächster Zukunft zu Inseln werden. Dieses felsbuckelverseuchte Gebiet schließt wie ein Riegel den Bottnischen Meerbusen nach Süden hin ab und läßt für die Schifffahrt nur eine verhältnismäßig schmale Straße nahe der schwedischen Küste, so die natürliche Zugehörigkeit der Ålandsinseln zu Finnland markierend.

Im Gegensatz zum Norden befindet sich das südliche Ostseegebiet seit dem Abschluß der Eiszeit in einer Art Schaukelbewegung. In der jüngsten Zeit senkte sich die deutsche Ostseeküste; vor- und frühgeschichtliche Siedlungen finden sich nahe dem Strande unterhalb des gegenwärtigen Meeresniveaus; z. B. scheint die Verbindung zwischen Rügen und der Insel Usedom über die Halbinsel Mönchgut und das Nestinselchen Ruden erst in spätester vorgeschichtlicher Zeit unterbrochen worden zu sein.

Die Ostsee nimmt eine Fläche von rund 400 000 Quadratkilometern ein; das ist etwas weniger als die Fläche Schwedens und nur ein Siebentel der Fläche des Mittelländischen Meeres; aber sie bestimmt das Schicksal einer umgebenden Landfläche von über zwei Millionen Quadratkilometern mit über 100 Millionen Menschen. Ihre längliche, einem rechtwinklig geknickten Schlauch gleichende Gestalt bewirkt, daß die Querentfernungen

durchgängig sehr kurz sind; von Karlskrona nach Leepaja sind es 330, von Karlskrona nach Danzig und von Stockholm nach Åbo 280, von Trelleborg nach Sahnitz gar nur 100 Kilometer. Der nördliche Teil der Ostsee führt bereits in polare Regionen, die, kaum bevölkert, in früheren Zeiten keinen Anreiz zum Handelsverkehr boten; die Hanseeschifffahrt fand im Norden vor den Ålandsinseln ihren Abschluß; heute haben die reichen Erzlager in Lappland und die Holzvorräte in Finnland und Nordschweden eine gewaltige Belebung des Schiffsverkehrs gerade nach dem Norden hin gebracht.

Der Zug aus dem Norden.

Die Ostsee wurde im Laufe ihrer Geschichte ein germanisches Meer; von ihren ursprünglichen Wohnsitzen aus eroberten germanische Völker auch die Gegenküsten im Osten und Südosten und drangen mit ihrer höheren Kultur von da weit ins Hinterland ein. Hier im östlichen Ostseeraum waren im frühesten Mittelalter die Nordmänner, germanische Nomaden zur See, die Staatenbildner.

Bevor die Finnen im 4. vorchristlichen Jahrhundert in Finnland einwanderten, saßen auch hier germanische Stämme, die kurz zuvor nach Süden abgezogen waren. Auf den Inseln, die Estland vorgelagert sind, leben heute noch Warägernachkommen, die Küstenschweden, die manches vom Sprach- und Kulturgut ihrer Vorfahren erhalten haben. Die Finnen wurden durch die Schweden, die slawischen Pommern und die Esten durch Deutschen und Dänen, die Westslawen, Litauer und Letten durch die Hanse und durch die Ritterorden mit der westlichen, der germanischen Kultur vertraut. Aber schon erheblich früher wirkte sich die Tätigkeit der Waräger politisch aus. Sie waren ja nicht — wie man sich oft noch irrträglich vorstellt — Seeräuber; für sie waren Meere und

Flüsse nur Straßen, die zu Laten auf dem Lande führten, zu friedlichem Handel und zu politischer Eroberung. Bereits im 7. und 8. Jahrhundert hatten sich schwedische Waräger an der Küste von Leepaja festgesetzt und das Land politisch in Steuerbezirke, „Syffel“, eingeteilt (Syffel = D-syssa, d. h. Inzelssteuerbezirk!). Ostpreußen stand ebenfalls in vorgehichtlicher Zeit unter skandinavischem Einfluß; an der unteren Weichsel saßen die Goten, die von der Insel Gotland kamen. Das erste Polenreich, das Mitte des 10. Jahrhunderts gegründet wurde, war die Schöpfung eines germanischen Warägerfürsten Dago, der in dem Slawenstaat die Warägerverfassung einführte. Die Wolga befuhren die Waräger bereits im 9. Jahrhundert; und um eben diese Zeit entstand zwischen Nowgorod und Ladogasee ein nördlicher Warägerstaat „Gardariki“, d. h. Burgenland; wenig später wurde dann im Süden das Onjepr-Warägerreich mit der Hauptstadt Kiew gegründet. Beide Staaten gingen nach einiger Zeit unter; sie mußten verfallen, weil sie nur von einer dünnen Erobererschicht gehalten wurden, die nur kärglichen Menschennachschub aus der Ostseeheimat erhielt.

Es war überhaupt der mangelnde Menschennachschub in der im übrigen so kraftvollen germanischen Ost-West-Bewegung, der wiederholt die deutsche Kulturarbeit im Ostseeraum gefährdete. Die Ritterorden, die zwischen Weichsel und Finnischem Meerbusen die Küstengebiete dem Deutschen Reiche und deutscher Kultur gewannen, hätten dauernde Erfolge erzielt, wenn sie nicht durch das Ordensgelübde zur Ehelosigkeit verpflichtet gewesen wären und nicht ständig der Ergänzung ihrer an sich schon recht geringen Zahl aus der fernen Heimat bedurft hätten; als die Orden protestantisch wurden, war es bereits zu spät. Vor allem fehlte es jedoch gewonnenen Gebiete völkisch und politisch

einzuweichen. Vor allem fehlte es jedoch hier im Osten an schollegebundenen Bauernsiedlern; dem westdeutschen Bauern, der im Mittelalter in der Hochzeit der Ostkolonien auszog, um Neuland zu gewinnen, war das baltische Land viel zu entlegen, die Reise dahin viel zu gefährlich; schließlich erschöpfte sich dann auch allmählich der Zustrom der bäuerlichen Ostlandsfahrer bereits gegen Ende des 14. Jahrhunderts, während der der beweglichen, aber auch leichter assimilierbaren bürgerlichen Elemente in die Städte noch eine Zeitlang andauerte.

Der Kampf um den Raum

Die Ritterorden waren in der baltischen Küstzone die äußersten Vorposten der deutschen Ostkolonisation; der stärkste Ansporn und die mächtigste Triebkraft ging indessen von der Hanse aus. Sie wirkte von der See her. Mit genialem Blick erfaßten diese wagemutigen rheinischen und westfälischen Kaufleute die beste, die einzige Stelle, von wo der Ostseeraum damals handelsstrategisch aufzurollen war, als sie 1143 unter der Ägide des Grafen Adolf von Schaumburg Lübeck gründeten. Von hier aus legten sie in kürzester Frist den Handel der Dänen lahm; die geräumige Hansekogge triumphierte über das Wikingerdrachenboot; die alten Handelsstätten Haithabu, Jummeta, Truso, Birka verschwanden mit einem Schlag gegen die von den Deutschen gegründeten, mit deutscher Städteordnung begabten Bürgerstädte Stockholm, Wisby, Riga und gegen die zahlreichen städtischen Neugründungen zwischen Lübeck und Memel, von denen aus die südlichen Küstengebiete der Ostsee erst wirtschaftlich erschlossen und krisenfest gemacht wurden.

Aber die Hanse war und blieb immer nur eine handelspolitische Organisation; es gab, als die nordischen Staaten zu immer größerer Macht und zu immer

weitergehenden Machtansprüchen gelangten, keinen deutschen Staat, der willens und mächtig genug war, ihr in Zeiten der Bedrängung den Rücken zu stärken. Zum Ende des Mittelalters war der Arm des Deutschen Reiches kraftlos geworden und reichte nicht mehr bis in den Ostseeraum hinein. Polen war zunächst im 16. Jahrhundert die Großmacht des Ostens zwischen Riga und dem Schwarzen Meer. Jedoch nicht lange. Es besaß keine Flotte, wie es ja in seiner ganzen Geschichte nie ein direktes Verhältnis zur Ostsee hatte; während alles Land rund um die Ostsee protestantisch ward, wurde es, obwohl zuerst zu fünf Sechstel ebenfalls protestantisch, durch die Gegenreformation rekatholisiert und so auch politisch gelähmt; es paßte gleichsam nicht mehr in den Rahmen der übrigen Ostseestaaten hinein und mußte sich mehr und mehr von der Küste binnenwärts zurückziehen. Einen Erfolg in der Ostseepolitik hat es in seiner ganzen Geschichte nicht zu verzeichnen.

Als der Dreißigjährige Krieg zu Ende ging, reichte vom gesamten Deutschen Reich fast nur noch Brandenburg mit einem Stück pommerischer Küste an die Ostsee heran; aber bereits der Große Kurfürst erkannte die Bedeutung der Küsten und ihrer strategischen Beherrschung von der See aus. Auch ein gut Teil der brandenburg-preussischen Festlandspolitik damals und später — z. B. das zeitweilige Bündnis mit Frankreich — ist viel besser zu verstehen, wenn man weiß, daß gerade die größten Hohenzollern immer auch den Blick auf die See gerichtet hatten, selbst wenn ihre Heere vorläufig nur auf dem Lande operieren konnten. Wenn zwischen Emden und Memel die Küste heute wieder deutsch ist, so ist das Preußen zu danken; das übrige Deutschland hatte bis ins vorige Jahrhundert kein Interesse daran.

In der Ostsee stationierte Preußen seine erste Kriegsflotte. Im 18. Jahrhundert

sahen auch die Russen nach der deutschen und zeitweise auch nach der dänischen Ostseeküste. Ebenso wie die Engländer wiederholt versuchten, den Sund zu verriegeln — die Belte kommen für die Großschifffahrt nicht in Betracht — war die russische Politik bis zum Weltkrieg bestrebt, teils durch Druck auf Dänemark, teils durch dynastische Verbindungen sich den Sundweg zu öffnen. Neben Preußen-Deutschland ist Rußland die einzige Macht, die in der Neuzeit im Ostseeraum beherrschend aufgetreten ist.

Die Dynamik von heute

Der Ostseeraum ist heute mit anderer Dynamik geladen als in der Vorkriegszeit. Es ist bezeichnend für die letzten 20 Jahre, daß auch Frankreich und England, die beide keinerlei eigene Ostseeinteressen haben, bestrebt sind, sich in die Ostseepolitik einzuschalten. Der Versailles-Plan, den deutschen Nord-Ostsee-Kanal unter ihre Kontrolle zu bringen, ist zwar mißlungen, aber von Haparanda bis Gdingen tasteten sie ständig die Küste nach Einfluß ab, bis sie schließlich in unseren Tagen im baltischen Raum die Zange erneut gegen Deutschland anzusetzen bemüht waren. Allerdings ist eine unmittelbare Bedrohung der deutschen Ostseeküste von der See her heutzutage so gut wie ausgeschlossen. Umfassende Landungsmanöver sind hier unmöglich; der flache Strand verbietet — ebenso wie an der Nordsee — die Annäherung großer Schiffe, und die wenigen tieferen Fahrtrinnen sind durch Minen und durch Küstenbatterien leicht zu sperren. Beschießungen von der See her können ebenfalls nur wenig wirksam sein, da die Städte so weit von der Küste entfernt im Schutze von Lagunen und Saffen liegen, daß sie mit den Flachbahn-Schiffgeschützen kaum zu erreichen sind.

Entscheidende Seeschlachten sind in der Ostsee noch nie geschlagen worden; für die

Kämpfe großer Einheiten, wie sie die Hauptkampfkraft der heutigen Flotten ausmachen, bleibt in dem an sich schon sehr beschränkten Raum der Ostsee nur ein ver-

hältnismäßig kleines Operationsfeld, etwa das Viereck mit der Diagonale Bornholm—Dagö und mit der Insel Gotland als Mittelpunkt.

(P. 3.)

Wissenschaftliche Umschau

Volkskunde auf neuen Wegen

Mit Heft 4/1938 liegt nunmehr das „Archiv für Landes- und Volksforschung“ in zwei Jahrgängen vor. Die 8 Hefte im Umfang von je 250 Seiten stellen eine bedeutende wissenschaftliche und politische Leistung dar, die auch für die Praxis von großer Bedeutung sein wird. Denn das Archiv schließt für Deutschland eine empfindliche Lücke, hatten doch die Nachbarvölker und -staaten schon längst derartige Zeitschriften, die nicht nur mit heißem Herzen, sondern auch mit kühlem Verstand den Kampf des Volkstums in- und außerhalb der Grenzen begleiteten und im Bereiche der Wissenschaft unterstützten.

Das „Deutsche Archiv für Landes- und Volksforschung“ wird herausgegeben von Albert Brackmann-Berlin, Hugo Haßinger-Wien und Friedrich Meß-Freiburg — drei Forschern von großem Ansehen. Für die Schriftleitung zeichnet Dozent Dr. E. Meynen von der Universität Berlin verantwortlich. Es erscheint im Verlag von F. Hirzel in Leipzig, der sich um die Ausstattung sehr verdient gemacht hat; Papier und Druck sind sehr gut; zahlreiche Bilder und ausgezeichnete Karten sind beigegeben (die bekannte Karte von Erwin Winkler über die Siedlungsgebiete der Deutschen in der Tschechoslowakei wurde hier zum ersten Mal veröffentlicht). Der Preis beträgt RM. 6.— pro Heft und RM. 20.— für den Jahresband (4 Hefte).

In Wiederentdeckung des „Altmeisters deutscher Landes- und Volkskunde“ Wilhelm Heinrich Riehl hat sich das Archiv

die Erforschung des deutschen Volkstums und des deutschen Volksbodens, ihrer Grenzen und ihres Wandels im Laufe der Zeiten zur Aufgabe gesetzt. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die Volksforschung die Grenzen der Fakultäten und Spezialfächer sprengt und nur durch die Zusammenfassung aller daran beteiligten Wissenschaften getrieben werden kann, haben sich Forscher aller Fachgebiete, der Geschichte und Geographie, der Kunst- und Musikgeschichte, der Rechtswissenschaft und der Bevölkerungswissenschaft, der Volkswirtschaft und Sprachkunde, zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, um ihre Kräfte für ein Ziel einzusetzen und mit ihrer Wissenschaft dem Volke und seinem Existenzkampfe zu dienen. Es war zunächst ein Versuch, aber er kann angesichts der vorliegenden Ergebnisse als in vorbildlicher Weise gelungen bezeichnet werden. Der Gedanke der *universitas literarum* erhält hier einen neuen, tiefen Sinn.

Die Haltung der Mitarbeiter der Zeitschrift kann durch eine Feststellung Aubins in Heft 3/37 gekennzeichnet werden: „Das wissenschaftliche Verstehen einer Epoche hält uns nicht davon ab, ihre Fehlsichten festzustellen und anzugreifen“. Ohne sich mit tagespolitischen Fragen zu befassen, spricht doch aus jedem Beitrag der Zeitschrift ein hohes Verantwortungsgefühl gegenüber Staat und Volk. Hier ist endgültig Abschied genommen von der weltabgewandten Wissenschaftsarbeit an sich.

Bemerkenswert ist aber auch die Er-

weiterung des Aufgabenbereichs, die Volkskunde und Volksforschung erfahren haben. Darüber heißt es in einem grundlegenden Aufsatz von Friedrich Mez über die Bedeutung Friedrich Wilhelm Niehls in Heft 1/37: „Das Grenzland besteht nicht nur für sich und kann nur als Teil des Ganzen betrachtet werden. Darum haben alle Wissenschaften ihr Augenmerk auch auf die Randgebiete und Außenposten des Volkstums zu richten. Die Erforschung dieser Gebiete aber setzt auch die Kenntnis der fremden Volkstümer und ihrer Kultur voraus. Wir sind das nachbarreichste Volk der Erde, und die Berührung mit fremdem Volkstum ist vielfältiger als bei jedem andren Volk. Das bedingt gegenseitiges Verständnis und sollte damit auch zur Verständigung führen... Auch die Reichsgrenze tritt in der Volksforschung hinter der Volksgrenze zurück, so bedeutsam sich jene auch auszuwirken vermag.“ Deshalb wird den Nachbarvölkern und ihrer Volkskunde große Aufmerksamkeit zu Teil, wovon zahlreiche Aufsätze Zeugnis ablegen.

Indem die einzelnen Fachgebiete gezwungen werden, sich mit den Problemen des Volkstums und Volksbodens zu befassen, entstehen für jene selbst ganz neue Fragestellungen. Neue Erkenntnisse und Anregungen werden vermittelt am praktischen Beispiel. So dürfte die Zeitschrift in methodischer Hinsicht auch für alle Spezialfächer und alle wissenschaftlichen Disziplinen große Bedeutung besitzen.

Keineswegs aber leidet unter der gezielten Wissenschaftlichkeit die allgemeine Verständlichkeit. Es kann vielmehr festgestellt werden, daß das Archiv jedem ohne besondere Voraussetzungen zur Unterrichtung und Aufklärung über die verschiedensten Fragen und verschiedensten Gruppen des deutschen Volkstums und seiner Nachbarn dienen kann.

Um den Umfang der Arbeit des Ar-

chivs zu kennzeichnen, seien folgende Arbeiten genannt. Von grundsätzlicher Bedeutung ist außer dem schon erwähnten Aufsatz von Mez der von Hermann Lubin-Breslau, der der „Erforschung der deutschen Ostbewegung“ gewidmet ist. Lubin spricht absichtlich von Ostbewegung und nicht von Ostkolonisation, um den Charakter dieses immerwährenden Vorgangs in der deutschen Geschichte richtiger zu fassen. Er unterstreicht, daß es sich um eine Bewegung gehandelt habe, die wesentlich aus Raumnöten geboren, sich über den ganzen Raum von der Ostsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer erstreckt habe und alle Lebensäußerungen und Bezirke des Volkes immer wieder ergriffen habe. Franz Steinbach untersucht die „westdeutsche Volksgrenze als Frage und Forschungsaufgabe der politischen Geschichte“ und kommt zu neuen Ergebnissen hinsichtlich ihrer Entstehung. Dem Sudetendeutschtum und seiner Wirtschaft und Kultur ist fast in jedem Heft mindestens ein Aufsatz von guten Sachkennern gewidmet. Auch das Deutschtum in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine wird behandelt. Über den Bevölkerungsrückgang der Wallonen und das starke Anwachsen der Flamen berichtet Erich Wolters. R. Gruber weist auf den Zusammenhang zwischen der Baukunst des Deutschordenslandes Preußen und der niederländischen Baukunst hin. Andere Aufsätze wiederum berichten über die „Landnahme“ der Germanen zur Völkerwanderungszeit aus Raumnöten. Heinrich Vosse befaßt sich mit dem wichtigen Problem der gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen im Baltikum; Aufsätze über andre wirtschaftliche Probleme des östlichen Raumes im Zusammenhang mit dem deutschen Volkstum folgen. Methodisch bedeutsam erscheint die Untersuchung von E. Rubach über die „deutsche Westgrenze und die Baukunst des Mittelal-

ters“; eine Neufassung des Begriffes „Kunststraum“ eröffnet neue Ausblicke, die für die kunstgeschichtliche Forschung nicht ohne Interesse sein dürften.

Diese Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, daß das Archiv schon einen großen Teil der Fragen und Probleme angeschnitten hat, die das deutsche Volkstum und seine Millionen Glieder vor den Reichsgrenzen betreffen. „Sie hören aber damit nicht auf, deutsches Volk zu sein, ihnen hat daher unsere Anteilnahme und wissenschaftliche Forschung auch in gleicher Weise zu gelten und zu dienen.“

Dr. Otto Bidel.

Korrespondenzblatt des Naturforscher-Vereins zu Riga

Nach einem zeitlichen Abstand von zwei Jahren ist in diesem Frühjahr wieder der wissenschaftliche Rechenschaftsbericht des Naturforscher-Vereins zu Riga als 58. Band des Korrespondenzblattes erschienen.

Das Recht auf die Heimat gibt einem Volkstum die Leistung in der Vergangenheit nur dann, wenn sich in der Gegenwart ein starker Lebenswille offenbart. Aus dem unüberschaubaren Gebiet der Wissenschaften waren es vor allem die Naturwissenschaften, in denen die Baltendeutschen ehemals wesentliche Beiträge geliefert hatten. Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten den neuen Band des Korrespondenzblattes zur Hand nehmen, so zeigt sich, daß diese Tradition auch heute weiterlebt.

Der Band enthält Beiträge aus sehr verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften: botanische, zoologische, geologische, geschichtliche, bodenkundliche u. a.

Die Aufsätze von A. Groffe und W. Mannsfeld geben wertvolle Ergänzungen und Korrekturen zu dem seinerzeit vom Naturforscher-Verein herausgegebenen „Verzeichnis der Wirbeltiere des ostbalti-

sehen Gebiets“, das für manchen zum unentbehrlichen Nachschlagebuch geworden ist, und sorgen dafür, daß dieses Verzeichnis nicht veraltet. Th. Ladschewitz und J. M. Mikutowicz, L. Danks, O. Bakkendorf, W. Grünwaldt, P. Grünwaldt, R. Wallis bringen sehr präzise und spezielle Arbeiten über die Verbreitung der verschiedenen Insektengruppen. Der Däne Bakkendorf beschreibt eine soeben entdeckte neue Art eines Hautflüglers und gibt dazu schöne, klare Abbildungen.— Die Mehrzahl dieser Arbeiten der jüngeren Forscher ist in der biologischen Forschungsstelle des Herderinstituts zustande gekommen; und es scheint, daß sich die enge Zusammenarbeit von Naturforscher-Verein und Herderinstitut durchaus fruchtbringend gestaltet: das Herderinstitut liefert die modernen Laboratoriumsräume mit den ausgezeichneten wissenschaftlichen Geräten und legt an alles eine strenge wissenschaftliche Kontrolle, — der Naturforscher-Verein stellt seine sehr große Bibliothek mit den zahlreichen Austausch-Schriften zur Verfügung und verschafft durch seine Beziehungen zu dem über die Welt gelegten Netz der wissenschaftlichen Vereine den Arbeiten einen größeren Echoraum.

Als sehr wertvolle Neuerung sind die Verzeichnisse über die in letzter Zeit in den baltischen Ländern erschienene naturwissenschaftliche Literatur zu vermerken. W. Grünwaldt berichtet über die lettländische entomologische Literatur für 1928—1937, und M. Gilbert gibt ein Literaturverzeichnis zur Geschichte der Flora Lettlands. Diese Verzeichnisse sind ohne Zweifel für jeden, der sich über die örtliche Spezialliteratur orientieren muß, von großem Wert. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn alle Büchertitel auch in deutscher Sprache gebracht würden.

Über neuerdings bei uns heimisch werdende Tiere berichten die Aufsätze von N. v. Fransehe „Höckerchwäne als Brut-

vögel des Engures-Sees“ und von W. Mannsfeld „Über das Vorkommen der chinesischen Wollhandkrabbe“.

Aus den zahlreichen Berichten seien hier nur die Museumsberichte hervorgehoben, die deutlich zeigen, daß viel getan wird, um die höchst wertvollen Sammlungen des Naturforscher-Vereins sowohl der Wissenschaft als der Volksgruppe zu erschließen.

Eine technisch wertvolle und nachahmenswerte Einrichtung ist darin zu erblicken, daß am Schluß eines jeden größeren Artikels ein geographisches Namensverzeichnis zu finden ist, wo zu den amtlich lettischen Namen die früheren deutschen hinzugefügt sind, was die Orientierung sehr erleichtert.

Eingeleitet wird der Band durch den Nachruf H. v. Knorres auf Graf Friedrich Berg-Sagnis, diesen bedeutenden Forscher auf dem Gebiete der Getreidekultur. Gleichsam symbolisch schließt dieser Artikel die neueren Forschungen an die älteren an.

Das von A. Meder vorzüglich redigierte Korrespondenzblatt wendet sich keineswegs nur an die gelehrte Welt oder einzig an die Spezialisten auf dem Gebiete der Naturforschung innerhalb unseres Landes. Jeder, der hier im Lande mit dessen geistiger Betreuung verbunden ist, sollte sich das Buch genauer ansehen. Der naturwissenschaftlich Interessierte aber in der Blickrichtung: gibt es eine Möglichkeit mitzuarbeiten? Und solcher Möglichkeiten wird er viele finden. Eine Freude bedeutet es, an diesem Werke der deutschen Heimatforschung mitarbeiten zu können, zumal in einer Zeit, wo diese wächst und sich entfaltet.

Holand Mettig

Franz Thierfelder, Deutsch als Weltsprache. 1. Band: Die Grundlagen der deutschen Sprachgeltung in Europa. Verlag für Volkstum, Wehr und

Wirtschaft; Hans Kurzeja, Berlin (1938). 221 S., groß 8.

Wohlmeinenden Besprechungen pflegt der Satz angehängt zu werden: „Dieses Buch gehört in die Hand jedes Lehrers (oder, je nach dem Inhalt: jedes deutschen Jungen, jedes politisch denkenden Menschen usw.)“. Ich möchte diesen bewährten, aber doch wohl meist mehr gefühlsbedingten als verantwortungsbewußt benutzten Satz mit vollem Bedacht und jedenfalls, ohne mich des Schlagwortes zu verdächtigen, an die Spitze dieses Hinweises stellen: dieses Werk gehört wirklich in die Hand jedes Deutschlehrers. Denn es umgrenzt nicht nur (und das allein wäre schon sehr viel und lehrreich genug) auf Grund neuer Erhebungen den Geltungs- und Wirkungsbereich der deutschen Sprache, sondern es unterbaut diese sprachpolitischen Feststellungen mit grundsätzlichen Überlegungen sprachlicher und geschichtlicher Art, die jeder, der das Wagnis unternimmt, Deutsch in gemischt-sprachiger Umgebung zu lehren, immer wieder anstellen sollte, wenn anders er sich der Größe und Verpflichtung seiner Aufgabe bewußt ist.

Thierfelder (uns als einstiger langjähriger Geschäftsführer der Münchener „Deutschen Akademie“ wohlbekannt) geht von Rivarols „Abhandlung über die Weltgeltung der französischen Sprache“ von 1783 aus, die von der Berliner Akademie preisgekrönt wurde, um sich an Hand der geschichtlichen Entwicklung und durch Prüfung der jeweiligen sprachlichen und politischen Eignung dem Problem „Weltsprache“ zu nähern. Im Fortschreiten verengt sich ihm der breite Weg: immer klarer spitzt sich die Frage auf die politische und sprachliche Eignung der deutschen Sprache zu, der dann die wichtigsten Abschnitte der Untersuchung gewidmet sind (S. 46 ff.). An dieser Stelle erhält der fordernde Titel des Werkes

ein Fragezeichen: die wesentlichsten Schwierigkeiten unserer Muttersprache — Schrift, Rechtschreibung, Lautung, Beugung und Syntax — werden knapp, aber flug aufgezeigt und durchgesprochen; anschließend werden die unterrichtlichen Hauptfragen — Lehrer, Methodik, Lehrstoff und Lehrmittel — erörtert; dabei erfahren auch Buch, Bild, Zeitung, Tonfilm, Rundfunk und Vortrag die gebührende Berücksichtigung. Der Wert dieser Überlegungen gerade für unsere Unterrichtsgestaltung liegt m. E. darin, daß hier neben die oft erörterten Erziehungsprobleme das politische Gewicht des Deutschunterrichts gerückt wird, das jenen an Bedeutsamkeit sicher nicht nachsteht und das doch immer wieder Gefahr läuft, übersehen zu werden.

Eine kurze Übersicht über Wirkung und Reichweite der Großsprachen als Geschäftssprachen in den europäischen Ländern leitet zum zweiten Hauptteil über, der die Verbreitung der deutschen Sprache in Europa festzustellen sucht; dabei geht die Wanderung vom Südosten über den Osten, Nordosten und Norden in den Westen unserer abendländischen Welt (S. 91 ff.). Statistische und graphische Übersichten über den fremdsprachlichen Unterricht in Europa (von Dr. W. Fränzel), über die deutschsprachigen (nicht volksdeutschen) Zeitschriften des Auslandes und über die ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen sind beigefügt: Fränzels graphische Tabellen verraten allerdings nur zu sehr die Mühe, die auf sie verwandt wurde — sie verlangen jedenfalls vom Betrachter sehr viel Einfühlungsvermögen. Ein sorgfältiges Namensverzeichnis und ein inhaltreiches Schriftenverzeichnis runden das Ganze ab.

Es liegt im Wesen von Zahlennachweisen, daß sie rasch überholt werden können. Das trifft auch für die Lettlandangaben des Buches (S. 133 ff.) zu.

Mißlich ist ferner — hier und bei fast allen Länderabschnitten — der Umstand, daß die Zahlenhinweise z. T. recht verschiedenen Jahren entstammen, ihre Zusammenfügung zu einem Gesamtbild also die Wirklichkeit mehr oder weniger verzerrt. So sind die Angaben über die Volkszahl Lettlands und die Stärke der baltendeutschen Volksgruppe den Zählungen von 1935 entnommen, die Zahl der in Lettland lebenden Reichsdeutschen ist nach dem Stand von 1930 angegeben, während die Schulangaben scheinbar für 1937, die Wirtschaftszahlen für 1936 gelten. Jeder, der die rasche Entwicklung unseres Ausmärkerlebens übersieht, weiß, wie sehr sich die einzelnen Jahre untereinander, wie sehr sie sich auch zum heutigen Bestand abheben. Die deutsche Unterrichtssprache auch der deutschen Lehranstalten hat durch die neuen Lehrpläne gewisse Einschränkungen erlitten. Bei der Bewertung der Bedeutung der deutschen Sprache für das wissenschaftliche Leben Lettlands hätte der Herderhochschule, ihres ständigen Lehrbetriebs, der von ihr veranstalteten Hochschulwochen und ihrer (inzwischen weit über die angegebene Zahl gewachsene) Bücherei gedacht werden müssen.

Auch manche der in die Darstellung eingeflochtenen Tabellen werfen aufschlußreiche Schlaglichter auf die Stellung der deutschen Sprache in den baltischen Ländern. So erfahren wir z. B., daß Lettland 1936 mit 103 Übersetzungen aus dem Deutschen an 9. Stelle unter den europäischen Ländern steht; Estland nimmt mit 19 Übersetzungen den 20. Platz ein (S. 73). Freilich trifft der Hinweis Thierfelders, daß diese Zahlen an sich nicht viel aussagen, ins Schwarze (nicht alles, was im Ausland übersetzt wird, können wir als repräsentative deutsche Schrifttumsleistung ansehen; nähere Untersuchungen über unser Gebiet fehlen m. W. noch). Unter den 24 Ländern, die

1936/7 mit dem „Deutsch-Ausländischen Schülerbriefwechsel, Berlin“ zusammenarbeiteten, fehlt Lettland ganz (1937/8 waren es 20 Länder); Estland stand da 1936 an 13. Stelle (1937/8: an 19. Stelle!; S. 68). Die Angaben über die Sprachwahl im lettischen Wirtschaftsleben (S. 85: deutsch im Briefverkehr, deutsch und lettisch in der Werbung) entspricht nicht mehr dem gegenwärtigen Verhältnis.

Die herausgegriffenen Beispiele mögen andeuten, wie viele Seiten hier dem bedeutsamen Stoffe abgewonnen werden. Diese umfassende Schau macht das Werk vielen wichtig: der erste Hauptteil wendet sich mit berechtigtem Anspruch an den Lehrer des Deutschen, der zweite bietet als Nachschlagewerk und in seinen Vergleichsmöglichkeiten jedem, der sich mit kulturellen Fragen beschäftigt, Belehrung und Anregung. Und auch der Nichtdeutsche kann sich manche besinnliche Stunde von diesem Buch schenken lassen. Ich wünsche dem Werk auch bei uns die allgemeine Aufmerksamkeit, die es verdient und durch seinen Gegenstand wie durch seine überlegene und ausgewogene Darstellungsform beanspruchen kann.

Madenfen

Stiftsköpfe. Schwäbische Ahnen des deutschen Geistes aus dem Tübinger Stift, von Ernst Müller. Mit Beiträgen von Theodor Hanring und Hermann Hanring. Eugen Salzer Verlag, Heilbronn 1938. 480 S.

„Was Württemberg geistig war, seit den Zeiten des reformatorischen Umbruchs im 16. Jahrhundert, läßt sich mit dem Begriff eines einzigen Gebäudes umschreiben“. Damit ist die Bedeutung des Tübinger Stifts gekennzeichnet. Die Zahl der großen Deutschen, die ihr geistiges Rüstzeug in dieser berühmten theologischen Anstalt empfangen, ist ungewöhnlich

groß. Von Kepler über Schelling und Hegel, Hölderlin und Mörike bis zu David Friedrich Strauß und F. Th. Vischer ist es eine lange Reihe von Schwaben, die durch das Stift hindurch in den gesamtdeutschen Wirkungsraum eintraten. Die Beiträge des Sammelwerks „Stiftsköpfe“ sind — wie das ja nicht anders sein kann — überwiegend aus zweiter Hand gearbeitet, aber durchaus selbständig, ja eigenwillig; das Buch, das so entstanden ist, bietet nicht nur eine Fülle geistes- und kirchengeschichtlichen Stoffs, sondern auch anregende Urteile, Wertungen und Betrachtungen. Immer wieder bemühten sich die Verfasser um das Wesen der schwäbischen Stammesart, die eine so reiche Fülle geistiger Möglichkeiten in sich birgt, daß viele der „innerchwäbischen“ oder gar „innerstiftischen“ Auseinandersetzungen als Selbstgespräch des deutschen Geistes wirken.

Die uralten deutschen Spannungen und immer wieder frisch zugespitzten Probleme — Deutschtum und Christentum, Christentum und Humanismus, Individualismus und Volksverbundenheit, Geist und Leben — spiegeln sich in der Geschichte des Tübinger Stifts. Der hochgespannten, wohl bisweilen auch überspannten schwäbischen Geisteslichkeit hält eine starke, innerliche Bodenständigkeit das Gegengewicht. Mag nun die Annahme einer geistig-seelischen Verwandtschaft des Niedersächsischen mit dem Schwäbischen (S. 330, im Kapitel Mörike) zutreffen oder nicht — Tatsache ist, daß auch viele baltische Deutsche trotz großer und oft sehr scharf empfundener Abstände mit der schwäbischen Welt auf leichte und selbstverständliche Art vertraut werden konnten. Auch dort herrschte in bestimmten Volksschichten ein erst jüngst entdecktes ungewöhnliches Maß leiblicher Verwandtschaft, die dem Stamm einen familienhaften Zug erhielt; auch dort wirkten große mittelalterliche

Erinnerungen im Geschichtsbild mit; auch dort war das Luthertum in eigener Prägung eine bestimmende geistige Macht; auch dort konnte sich der Stammesstolz nicht selten zu einem wunderbar-inselhaften Stammesdüffel auswachsen. Daß alle

stammliche Eigenart ihren Sinn nur im Erlebnis des Volksganzen hat, daß nicht Absonderung, sondern Einheit und Ganzheit das Volk wachsen lassen — dazu will auch diese schwäbische „Alnengalerie“ ein Bekenntnis sein.

R. B.

Mitarbeiter dieses Hefts:

Theodor Lüddecke, Berlin / Jürgen Intelmann, Riga / Dipl. rer. pol. Barbara Kupffer, Riga, Dt. Volksgemeinschaft, Amt für Jugendberatung / Schriftleiter Werner Bormann, Riga / Dr. Leo v. Middendorff, Dorpat / Dr. Otto Bickel, Berlin / Roland Mettig, Riga / Prof. Dr. Aus Mathiesen, Riga, Herderinstitut / Prof. Dr. Bernhard Wittram, Riga, Herderinstitut.

Uz preses likuma pamata atbild par saturu: atbildīgais redaktors Nikolajs Klots.

Redaktors Dr. Heinrichs Bosse.

Redakcijas adrese: Rīgā, M. Monētu ielā 18.

Izdevējs un spiestuve: spiestuves un izdevniecības a/s „Ernst Plates“, Rīgā, M. Monētu ielā 18.

Auf Grund des Pressegesetzes für den Inhalt verantwortlich: Verantwortlicher Schriftleiter Nikolai von Klot.
Schriftleiter Dr. Heinrich Bosse.

Adresse der Redaktion: Rīgā, M. Monētu ielā 18.

Verlag und Druck: Druckerei und Verlags-A./G. „Ernst Plates“, Rīga, M. Monētu ielā 18.

ABHANDLUNGEN DER HERDER-GESELLSCHAFT
UND DES HERDER-INSTITUTS ZU RIGA

fünftter Band	
Heft	
1. Erkenntnisontik in der griechischen Philosophie	
von Erika Sehl. 1936, 141 S.	Łs 6.— RM 2.90
2. J. k. Lavater und die religiösen Strömungen des 18. Jh.	
von Julius Forshman. 1935, 298 S.	Łs 12.50 RM 6.—
3. Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Lettland	
von Ernst von Bulmerincq. 1935, 24 S.	Łs 1.— RM —.50
4. Baltische Kirchengeschichte der Neuzeit	
von Erich von Schrenck. 1933, IV + 220 S.	Łs 9.30 RM 4.60
5. Herders Konsistorialexamen in Riga im Jahre 1767	
von Johannes Kirschfeldt. 1935, 36 S.	Łs 1.50 RM —.75
6. Beiträge zur Theorie gewisser Integraltypen	
von Erik Svenson. 1936, 68 S.	Łs 9.60 RM 4.60
7. Kritische Gänge in die Volkstheorie	
von Kurt Stabenhagen. 1936, 120 S.	Łs 5.— RM 2.40
8. Baltische Texte der Frühzeit	
von Aug Madaksen. 1936, 363 S.	Łs 15.20 RM 7.40
9. Der Digressionsstil des Kallimachos	
von Erich Diehl. 1937, 27 S.	Łs 1.30 RM 1.—
Heft	Sechster Band
1. Studien zur baltischen Vorgeschichte	
I. Der große Töll. Von Nicolaus Busch. 1937, 67 S.	Łs 3.20 RM 2.—
2. Beiträge zur historischen Geographie des Ostbaltikums	
von Carl von Stern. 1937, 73 S.	Łs 3.50 RM 2.30
3. In piam memoriam Alexander von Bulmerincq	
Gedenkschrift zum 5. Juni 1938, 231 S.	Łs 15.— RM 10.—
4. Grundlegung der Geldlehre	
von Erik von Sivers. 1938, 270 S.	Łs 17.— RM 12.—
5. Die deutsche Erziehungswissenschaft im Umbruch	
von Gerhard Stiefe. 1938, 36 S.	Łs 3.30 RM 1.60
Heft	Siebenter Band
1. Lehrbuch des Handelsrechts	
von Oskar Zwingmann. 1939, 540 S.	Łs 23.80 RM 16.—
2. Aufwertung unserer Muttersprache	
von Alfred Blumenthal. 1939, 188 S.	Łs 14.— RM 9.—

Die
„Rigasche Rundschau“

gegr. 1867

ist die
einzige deutsche Tageszeitung Lettlands

„Revalsche Zeitung“

begründet im Jahre 1860

kulturell, politisch und wirtschaftlich
führendes Blatt in Estland / Vertritt
die politischen und wirtschaftlichen
Interessen des baltischen Deutschtums
in Estland / Eingehende objektive Be-
richterkstattung über das gesamte Wirt-
schaftsleben Estlands / Regelmäßige
Kursnotierungen.

Soeben erschienen:

ABHANDLUNGEN DER HERDER-GESELLSCHAFT
UND DES HERDER-INSTITUTS ZU RIGA

SIEBENTER BAND Nr. 2

Alfred Blumenthal

Aufwertung
unserer Muttersprache

durch Aufhellung verdunkelter Erbwerte der Sprache

Preis Ls 14.—



Zu beziehen durch die Buchhandlungen und den
Verlag der A.-G. „Ernst Plates“, Riga

M. Monētu telā 18